



# Idemokrat

## der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzzährig . . . 192.—

Abnahme von Manuskripten erfolgt nur bei Einblendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich 1922.

Politzedam: 17044.

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Donnerstag, 30. November 1922.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 30. November 1922.

Nr. 281.

### Ideenloser Mechanismus.

Die Abstimmung über den Staatsvoranschlag am gestrigen Abend löste einen Aufschrei der Vertreter des deutschen Proletariates aus. Nach wochenlanger sachlicher Arbeit im Budgetausschuß und im Plenum des Abgeordnetenhauses fand die Mehrheit auf diese Arbeit, an der unsere Genossen eifrig mitgewirkt hatten, keine andere Antwort, als die schroffe, herausfordernde Ablehnung aller von unserer Partei gestellten Anträge und Resolutionen. Keinen Heller mehr als von der Mehrheit beantragt wurde, für die Arbeitslosen, keinen Heller mehr für Arbeiterschub, Rinderschub, für Ausgestaltung der Krankenfürsorge und für die notleidenden Pensionisten: das ist der Sinn der brutalen Ablehnung aller sozialdemokratischen Anträge durch die Koalition. Ohne sachliche Prüfung ließ sie wieder das Genetbeil ihrer Mehrheit niederlassen. Darauf gab es für die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten keine andere Antwort, als die Ablehnung der weiteren Teilnahme an dem schimpflichen Abstimmungsvorgang.

Diese Vorgänge veranschaulichen besser als es die eindrucksvollste Darstellung vermöchte, wohin die Methoden der Koalition den Parlamentarismus bringen. Selbst ein tschechischbürgerliches Blatt fällt über die Art, wie sich die Arbeit des Parlamentes vollzieht, folgendes Urteil: „Der Kampf mit der Opposition ist eine leere Form, denn sein Ausgang steht stets schon von vornherein fest. Das Parlament wird so zu einem Mechanismus ohne Geist und ohne Initiative.“ Seit dem Eintritt der führenden Männer der Böfka hat sich an dem System, wie es sich seit dem Bestande des Parlamentes eingestrichelt hat, nicht das mindeste geändert, die Rekonstruktion der Regierung hat das Parlament vielmehr nur noch mechanischer gemacht. Nennlich der Einfluß der tschechischbürgerlichen Parteien in der Koalition überwiegt und jener der sozialistischen Parteien zurückgegangen ist, ist diese Tendenz umso stärker in die Erscheinung getreten. Heute, da in der Koalition vor allem die tschechischen Nationaldemokraten kommandieren, ist in ihr der letzte Rest von Achtung vor den Geboten der Demokratie geschwunden. Noch ist wohl der Opposition in diesem Parlament das Reden gestattet, aber immer brüskler äußert sich die Tatsache, daß die Beschlüsse des Hauses nicht aus dem Widerstreit der Meinungen entstehen, sondern schon feststehen, ehe die von der Koalition vereinbarten Vorlagen ins Haus gelangen. Daß das Parlament dabei in Mißkredit gerät, ist den politischen Parteien der tschechischen Bourgeoisie nur recht, wie sie überhaupt am liebsten sehen möchten, wenn das Parlament abwirtschaften würde, denn der Parlamentarismus ist ihnen gemäß der neuen Heißlehre des Faschismus, mit dem sie die letzten Reste der Demokratie beseitigen möchten, in tiefster Seele verhaßt.

Der Umstand, der auch im Verlauf der Budgetdebatte zutage trat, daß der Regierungsmehrheit die Verhandlungen im Parlamente nur die Erfüllung einer leeren Formalität sind, ist also gewiß nicht neu, aber dennoch wirkt die Nachgiebigkeit der als demokratisch geltenden und insbesondere der nichtbürgerlichen Parteien innerhalb der Koalition gegenüber den absolutistischen und für das Parlament ruinösen Tendenzen ihrer bürgerlich-nationalistischen Koalitionspartner empörend. Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hatten, ungeschreckt durch die trüben Erfahrungen bei früheren Budgetverhandlungen, auch diesmal durch die Einbringung einer Reihe von wichtigen Anträgen auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete den Forderungen der arbeitenden Schichten der Bevölkerung Rechnung getragen. Alle diese Anträge fanden vor den Augen der Koalition keine Gnade und sie stimmte sie bedenkenlos nieder. Was gilt in den Augen dieser Koalition eine Anregung, die nicht aus ihren Reihen kommt, da ihre Drahtzieher nicht einmal den Wünschen der tschechischen sozialdemokratischen Parteien, die ihr angehören, Rechnung zu tragen willens

### Die Genfer Protokolle im Bundesrat gefallen.

#### Kündigung der Christlichsozialen.

Wien, 29. November. (Eigenbericht.) Im Bundesrat kam es heute zu der entscheidenden Sitzung, in der über die Genfer Vereinbarungen entschieden werden soll. Da nun die Großdeutschen und Christlichsozialen im Nationalrat nicht die Mehrheit haben, haben sich heute die Großdeutschen und Christlichsozialen darum bemüht, daß die Sozialdemokraten die Genfer Protokolle und das Wiederaufbaugesetz im Bundesrat durchlassen. Der Bundeskanzler hat heute im Bundesrat eine Rede gehalten, die eine Abbitte an die Sozialdemokraten ist. Um 12 Uhr mittags wurde die Sitzung des Bundesrates unterbrochen und der Bundeskanzler nahm seine Verhandlungen mit den Sozialdemokraten wieder auf. Erst gegen 6 Uhr wurde die Sitzung neuerdings aufgenommen und der Bundeskanzler nahm seine Verhandlungen mit den Sozialdemokraten wieder auf. Erst gegen 6 Uhr wurde die Sitzung neuerdings aufgenommen und der sozialdemokratische Redner, Genosse Klein, brachte einen Antrag ein, in dem es heißt: In Anbetracht dessen, daß die Genfer Protokolle das Einschließungsrecht und die Freiheit des Staates aufgehoben haben, und daß die Souveränität des Staates gefährdet erscheint, er-

hebt der Bundesrat gegen diese Vereinbarungen Einspruch. Die Christlichsozialen sahen nun ein, daß sie auf ein Nachgeben der Sozialdemokraten nicht rechnen können und soßen den Beschluß über diesen Einspruch den Saal zu verlassen, wobei sie die Erklärung abgaben, daß sie sich der Abstimmung enthalten. Die Folge war, daß der Einspruch von den Sozialdemokraten, die allein im Saale blieben, einstimmig angenommen wurde und daß daher die Protokolle und das Wiederaufbaugesetz am Freitag im Nationalrat neuerlich zur Verhandlung kommen werden. Wenn auch im Nationalrat die Christlichsozialen eine Mehrheit zusammenbekommen werden, so bedeutet immerhin ihr Zurückweichen im Bundesrat eine große Blamage. Angenommen ist nur das sog. Vollmachtgesetz, wodurch der Regierung für die nächsten zwei Jahre die in Genf vorgesehenen Vollmachten erteilt werden. In diesen zwei Jahren läßt der von den Sozialdemokraten durchgesetzte Staatsrat die Kontrolle aus.

### Die tschechische Regierungsbildung.

#### Ergebnislose Verhandlungen.

Berlin, 29. November. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen der tschechischen Landesorganisation der vereinigten Sozialdemokratie mit den Kommunisten über die Regierungsbildung hatten bisher kein Ergebnis. Gleich zu Beginn der Besprechungen stellten unsere Genossen Richtlinien auf, die die Grundlage eines Regierungsprogramms bilden sollen. Sie verlangten unter anderem 1. Schutz der Republik mit allen gesetzmäßigen Mitteln. 2. Neugestaltung der Gemeindegesetze. 3. Eine allgemeine Amnestie für politische Verbrechen. 4. Ausbau und Erweiterung der Rechte der arbeitenden Volkes in Form der Schaffung einer Arbeitnehmerkammer, Schutz des Achtstundentages usw. 5. Einfluß auf die Steuerpolitik des Reiches im Sinne einer Entlastung der Arbeiterschaft. 6. Einwirkung auf das Reich in der Richtung der Bergesellschaftung und der Produktion von Rohstoffen. 7. Betämpfung des Wuchers. 8. Förderung des Wohnbaues. 9. Einwirkung auf das Reich zwecks Trennung von Kirche und Staat. 10. Umgestaltung des gesamten Schulwesens. Die Sozialisten wollten durch diese Richtlinien zeigen, daß sie bereit sind, alles

zu tun, was zum Schutz der Arbeiterschaft nötig ist. Trotzdem ließen die Kommunisten keine sachliche Diskussion aufkommen, sondern forderten hartnäckig die verfassungswidrige Zuziehung der Betriebsräte zur Wesprechung. Da es nicht möglich ist, die gegen das Reich gerichteten kommunistischen Forderungen ohne ernste, die Interessen der Arbeiter gefährdenden Konflikte durchzuführen, verliefen die Verhandlungen ergebnislos.

### Volksabstimmung in der Schweiz.

#### Sozialdemokratische Forderung nach einer Vermögensabgabe.

Bern, 29. November. (Schw. Dep.-Ag.) Am 3. Dezember findet eine Volksabstimmung über die Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe, die durch eine von der sozialdemokratischen Partei eingeleitete Volksinitiative veranlaßt wurde, statt. Die Abgabe soll sich auf Personen beziehen, deren Vermögen 80.000 Franken übersteigt. Von sämtlichen Parteien des Landes treten nur die Sozialdemokraten und Kommunisten für die Initiative ein, während die anderen Parteien sie ablehnen.

sind! Bei einzelnen Anträgen machten sie es, wie es früher schon von manchen Regierungsmehrheiten im alten Oesterreich praktiziert wurde: sie schrieben einige der Anträge ab und machten sie nach entsprechender Verballhornung zu den ihren, die dann bei der Abstimmung über das Budget auch angenommen wurden. Da die Koalitionsmacher wenigstens bei diesem Rest der Anträge nicht über die Notwendigkeit ihrer Annahme hinwegzudenken, sollte nach außen der Eindruck vermieden werden, daß der Opposition selbst in dieser bescheidenen Weise entprochen wurde und so wurden die vier Anträge der deutschen Sozialdemokraten verfälscht und in Resolutionen der tschechischen Mehrheit umgewandelt. Ueber die Unanständigkeit dieses Vorganges ist kein Wort zu sagen nötig, sie spricht für sich. Das Vorgehen der Koalitionsparteien ist aber auch symptomatisch für ihre demokratischen Auffassungen. Es wird immer deutlicher, daß sie es darauf angelegt haben, bei den Oppositionsparteien jeden Funken von Hoffnung zum Erlöschen zu bringen, daß das Parlament ein Vollstrecker der Wünsche und Forderungen der ganzen Bevölkerung sein könne und zu beweisen, daß es lediglich ein seelenloser Apparat zur Führung der Regierungsgeschäfte im Sinne der eigenen Bedürfnisse, richtiger: im Sinne der tschechischen Kapitalistenklasse ist.

In schwerer Zeit und auf schwierigem Boden haben sich die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten nach Kräften bemüht, auch in der Budgetdebatte ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft zu erfüllen und in diesem Hause des nationalen Hasses das Element der Besonnenheit zu bleiben. Ihr Wirken, das mitunter einer fruchtlosen Enghirntheit

gleich, mag oft das volle Verständnis der Schwierigkeiten, gegen die sie ankämpfen, notwendig machen. Aber es erfüllt sie die Ueberzeugung, daß ihr Weg der einzig richtige ist und allen feindlichen Gewalten zum Trotz zum Ziele führen muß. Unsere Parteigenossen hielten dabei nicht um die „zügigeren“ Parolen, sondern erfüllten streng sachlich ihre Aufgabe. Aus den Verhandlungen über das Budget ist ersichtlich, welche Fülle von Anregungen aus ihren Reden und Anträgen hervorging, die kein Gebiet der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme des Staates unberücksichtigt ließen. Die Welle der Feindschaft gegen die Demokratie geht auch über diesen Staat dahin und zeitigt Erscheinungen, wie es die unter dem Befehle der tschechischen Bourgeoisie stehende Koalitionspolitik ist. Das ist auch die Ursache, weshalb alle Bemühungen unserer Genossen, sachlich die Möglichkeiten des Parlamentarismus auszunutzen, am Ende dieser Debatte zum Scheitern gebracht wurden. Die Abstimmung über das Budget ist eine unerhörte Schmach. Wenn es im tschechischen Lager noch denkende und verantwortungsvolle Politiker gibt, so muß ihnen gerade diese Abstimmung des seelenlosen Mechanismus zum Bewußtsein bringen, wie unhaltbar diese bis jetzt beobachteten Methoden der Knebelung jeder Regung der Opposition sind. Insbesondere aber müßten die tschechische Arbeiterschaft bei der Nachprüfung der Lätigkeit der tschechischen Sozialdemokraten im Parlamente zur Erkenntnis gelangen, daß diese Politik der Koalition nicht nur die Interessen des Proletariates aufs schwerste schädigt, sondern auch den Staat zugrunde richtet.

### Kommunistische Fallschirmspieler.

#### Zum Abschluß des Streiks im nordwestböhmischem Kohlenrevier.

Das schwere Ringen im nordwestböhmischem Kohlenrevier, in dem mehr als dreißigtausend Grubenproletarier den reichen und mächtigen Kohlenbaronen in der Tschechoslowakei gegenüberstanden, hat mit einem Vergleich geendigt. Die Arbeiter kehren in die Gruben zurück, wohl mit gemindertem Einkommen — ist doch der Lohnabbau in allen Branchen eine Begleiterscheinung der schweren wirtschaftlichen Krise — aber doch mit dem Bewußtsein, den Anschlag der Unternehmer abgewehrt zu haben, durch die Kraft der Organisation, durch die Solidarität des gesamten Grubenproletariats den Willen der Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Gruben zu diktieren, gebrochen zu haben. Nachdem die Kämpfer das Schlachtfeld verlassen haben, kommen nun die Raben, um ihre traurige Arbeit zu verrichten, in diesem Falle die Kommunisten, die bei den schwierigen Verhandlungen die Arbeit — wie sie sogar mit Stolz im Reichsberger „Vorwärts“ hervorheben — den Vertrauensmännern der Bergarbeiterkoalition überlassen haben, es ihnen überlassen haben, das schwere Ringen mit den Unternehmern zu bestehen und nun nach Abschluß des Streiks mit einer Kritik kommen, die in ihrer Armseligkeit und Demagogie nur eines zeigen kann: daß die Kommunisten sich die gewerkschaftlichen Erfahrungen dreier Jahrzehnte wirtschaftlichen Kampfes nicht zunutze gemacht haben, daß sie geistig hinter den Erfordernissen der Zeit zurückstehen. So unvernünftig die kommunistische Kritik ist, so fittlich verwerflich ist sie. Es ist für die Volkswirtschaft des Staates wie für seine Arbeiterschaft eine sehr ernste Situation eingetreten, eine furchtbare Wirtschaftskrise lastet auf uns, der Kohlenbergbau der Tschechoslowakei befindet sich dank einer unvernünftigen Regierungspolitik in einem kritischen Zustand und es ist angeichts dieser Lage geradezu ein Verbrechen, die Verhältnisse in einem schiefen Lichte darzustellen, der Wahrheit ins Gesicht zu schlagen und die Arbeiterschaft zu belügen.

Wir wollen gar nicht darauf zu sprechen kommen, wiewelch hanebüchener Unsinn es ist, insbesondere die Vertrauensmänner der Union der Bergarbeiter zu beschuldigen, daß sie im Dienste der Regierung stehen — wie dies der Reichsberger „Vorwärts“ tut — und daß sie den Vertrag mit den Unternehmern nur deshalb abgeschlossen haben, um der Regierung Zechla-Maschin aus der Tasche zu helfen. Es ist dies eine der üblichen Verleumdungen, die die Kommunisten gedankenlos daherschleppern und die sie nach einem vorbereiteten Schema nach Abschluß eines jeden größeren Kampfes zwischen Arbeitern und Unternehmern, wenn nämlich die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner politisch der deutschen Sozialdemokratie angehören, vom Stapel lassen. Wenn die kommunistische Textilarbeiterorganisation einen Vertrag abschließt, bei dem die Löhne um 30 Prozent abgebaut werden, dann sagen die kommunistischen Blätter kein Wort der Kritik, denn an der überlegenen gewerkschaftlichen Strategie des Herrn Mai gibt es einfach nichts zu kritisieren. Bei den Bergarbeitern von Nordwestböhmen handelt es sich um einen Lohnabbau von etwa 18 bis 22 Prozent, was natürlich ein Anlaß ist, die Vertrauensmänner der Union fröhlichweg zu verleumdern. Daß die Genossen Bohl und Jarolim, die dem Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten beziehungsweise Senatoren angehören, keine Regierungspolitik machen und daß der deutschen Sozialdemokratie diese Regierungspolitik zumindest so fern liegt wie der kommunistischen Partei, weiß wohl jedes politische Kind mit Ausnahme der Redakteure des Reichsberger „Vorwärts“.

Da sich die Kommunisten in keinem einzigen ihrer Blätter sachlich mit dem Vertrag beschäftigt haben, wollen wir ihnen einmal an der Hand des Vertrages zeigen, was die Unternehmer verlangt und was sie nicht durchgesetzt haben. Nach dem Diktat der Unternehmer hätte der Durchschnittsverdienst 44 K betragen sollen. Heute beträgt dieser Durchschnittsverdienst bei 96 Schächten über 50 bis 52 K, bei den anderen Schächten unter 50 K, aber in keinem Falle unter 46 K 80 h. Bei den Regiarbeitern sollte der Verdienst nach dem Vorschlag der Unternehmer 38 K betragen, nach dem Vertrag beträgt er 41 K. Die Alterszulage, welche die Unternehmer beseitigen wollten, ist geblieben. Die Arbeitszeit ist dieselbe geblieben wie vor dem Kampf. Die Unternehmer wollten den Vertrag bis 15. Dezember mit vierzehntägiger Kündigung abschließen, erzielt wurde die Gültigkeit des Vertrages bis 15. Jänner bei



hierwöchentlichen Kündigung kein Arbeiter darf wegen Teilnahme am Streik, auch nicht wegen Teilnahme an den wilden Streiks, die vor dem von der Koalition beschlossenen Revierstreik stattfanden, — und darunter befinden sich wohl viele Kommunisten — entlassen werden. Man sieht also, wenn es einem wirklich ernst um das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft geht, wenn man sich ins Bewußtsein rufft, daß die Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise vor allem die Aufgabe der Unternehmerrschaft abzuwehren haben, daß die Verhandlungen nicht zwecklos gewesen sind und daß die Koalition der Bergarbeiterverbände, durch deren Zusammenhalten für die Bergarbeiter schon so viel erzielt wurde, ihre Pflicht vollst. erfüllt hat. Der beste Beweis hierfür ist nicht nur gelegentliche Befehrerungen der „Internationale“, die im Ruhrgebiet erscheint und es sich daher nicht so wie der Reichsberger „Vorwärts“ erlauben kann, handgreifliche Lügen vorzubringen, die kein Bergarbeiter glaubt, Behauptungen, die besagen, daß die freichin Pläne der Grubenbarone zuzuhalten geworden sind, sondern die nicht zugewandte und in die Augen springende Tatsache, daß der abgeschlossene Vertrag von der Betriebsratskonferenz des ganzen Reviers am Sonntag einstimmig angenommen wurde, das heißt, auch mit den Stimmen der Kommunisten.

Das aber gerade ist das kommunistische Rezept, das wir nun nach Abschluß mehrerer Streiks beobachten können. Die gewerkschaftlichen Betriebsvertrauensmänner unter den Kommunisten sind in den entscheidenden Fragen — so wie eben beim Abschluß des Vertrages im nordrhein-westfälischen Ruhrrevier — mit den sozialdemokratischen Vertrauensmännern einer Meinung und mit der Forderung der Gewerkschaften einverstanden. Die politische Presse der Kommunisten aber schimpft: rümpft auf die Verträge los, welche die kommunistischen Betriebsvertrauensmänner mit abgeschlossen haben! Die deutschen Arbeiter der Tschechoslowakischen Republik bringen freilich eine größere Deutlichkeit als ihnen der Reichsberger „Vorwärts“ und mit ihm die kommunistische Partei zuzurechnen. Sie durchschauen das schöne Spiel, das die Kommunisten mit den Betriebsinteressen der Arbeiterschaft treiben und werden sich mit Ekel absetzen von einer Bewegung, deren Vertrauensmänner dem Parteienpiel gleichen, der mit doppelter Karten spielt. Nicht um das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft handelt es sich den Kommunisten, sondern um die Vertretung kleinlicher Parteiinteressen, die im Widerspruch stehen zu dem, was die Arbeiterschaft braucht. Das Interesse der kommunistischen Partei ist eben in Widerspruch geraten mit dem Gesamtinteresse der Arbeiterschaft.

### Inland.

**Sprengung des Deutschen parlamentarischen Verbandes.** Die aus folgendem Kommuniqué der Deutschnationalen herorgeht, hat der Deutsche parlamentarische Verband in seiner bisherigen Gestalt zu bestehen aufgehört. Das Kommuniqué lautet:

„Die parlamentarische Vereinigung der deutschen Nationalsozialisten hat in ihrer heutigen Sitzung der einhelligen Anschauung Ausdruck gegeben, daß der Deutsche parlamentarische Verband in seiner bisherigen Gestalt zu bestehen aufgehört hat.“

Dazu ist ergänzend zu bemerken, daß am gestrigen Tage der größte Teil der deutschnationalen und deutschnationalen Abgeordneten aus dem Deutschen parlamentarischen Verbande ausgetreten ist. Welche Vorgänge unmittelbar diesem Schritte vorangingen, darüber wird Stillschweigen bewahrt, doch ist es sicher, daß sich durch den Austritt der Mitglieder der Kampfgemeinschaft vollzogen hat, was schon längst durch die Entwicklung der Verhältnisse im Verbande reif war.

**Ein Erfolg unserer Genossen im Wehrausschuß.** In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses berichtete Abg. Humelhan (tschechischer Sozialdemokrat) über die vom Plenum des Abgeordnetenhauses angenommene Resolution betreffend die Verbesserung des Nachschubes der Soldaten. Das Ministerium für nationale Verteidigung hat sich aus finanziellen Gründen dagegen ausgesprochen. Abg. Humelhan erklärte, daß diesbezüglich die Verhältnisse in der Prager Garnison besser sind, als in der Provinz, speziell in der Slowakei. Abgeordneter Genosse Joll stellte nach eingehender Begründung folgenden Antrag: „Die Intendanz wird beauftragt, binnen 4 Wochen hinsichtlich der Verbesserung der Nachschub der Soldaten Bericht zu erstatten und die hierfür entfallende Mehrausgabe bekannt zu geben.“ Dieser Antrag wurde angenommen.

**Kommunistischer Großmäufelkrieg.** Das „Rude Pravo“ hat den Beschluß der Exekutive der kommunistischen Internationale, wonach die von der Reichskonferenz der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei ausgeschlossene Opposition wieder in die Partei aufzunehmen ist, mit unabweisbarer Freude begrüßt. Dieser Standpunkt hat zwei andere Organe der Kommunisten, nämlich die „Brücker „Rokno“ und den Reichsberger „Vorwärts“, welche letzterer nunmehr den Opportunismus genau so leidenschaftlich vertritt, wie seinerzeit den kommunistischen Radikalismus, ganz aus dem Häuschen gebracht. Das „Rude Pravo“ antwortet nun darauf in einer Weise, in welcher der Gegensatz zwischen dem Zentralorgan und dem Organ des Brücker und Reichsberger Kreises der kommunistischen Partei deutlich zum Ausdruck kommt. Das „Rude Pravo“ schreibt unter anderem: „Wir haben den Disziplinbruch seitens der

Opposition verurteilt, aber haben nicht unsere Zustimmung zum Ausschluß fast der Hälfte des Vollzugsausschusses gegeben.“ Weiters drückt das „Rude Pravo“ seine Zufriedenheit darüber aus, daß nun die oberste Instanz der kommunistischen Partei in Moskau zum gleichen Urteil gelangt ist wie das „Rude Pravo“. In einer Notiz des gestrigen „Vorwärts“ schreibt dieses sonst so kampflustige Blatt gedämpft, daß es eine sachliche Erörterung der Opposition, gemäß Beschluß des Parteivollzugsausschusses bis zur endgültigen Entscheidung durch den vierten Weltkongreß vertage und sich gegenwärtig darauf beschränke, „den hiezu bezügl. Instanzen der Partei dabei behilflich zu sein, daß auch die Redaktion des „Rude Pravo“ zur Beachtung dieses Beschlusses veranlaßt wird.“ — Ferner wird es wohl in der kommunistischen Partei bald wieder eine neue Affäre und eine neue Opposition geben, denn die Herren Kreibitz und Konforten dulden in der Partei keine andere Meinung, dieselben, die die Meinungsfrage in der sozialdemokratischen Partei bis zur Schädigung der Interessen der gesamten Arbeiterschaft mißbraucht haben.

**Die Abgeordnete Landa Stuch,** die dem linken Flügel der nationalsozialistischen Partei angehört, ist wie wir vor einigen Tagen gemeldet haben, dem von den Kommunisten gegründeten Arbeitslosenrat in Prag beigetreten, obwohl die nationalsozialistische Parteiekskutive erklärt hat, daß die genannte Abgeordnete hiezu kein Mandat von der Partei erhalten habe. Die Parteiekskutive hat nun am Montag in dieser Angelegenheit eine Sitzung abgehalten, in der über den Disziplinbruch verhandelt wurde. Ein Beschluß wurde jedoch nicht mitgeteilt. Nun scheint die genannte Abgeordnete doch vor der äußersten Konsequenz, dem Austritt aus der Partei, zurückgeschreckt zu sein, denn sie veröffentlicht folgende Erklärung:

Mit Rücksicht auf den Beschluß voranverurteilten Parteistandarten teile ich auf verschiedene Anfragen mit, daß ich nicht mehr Mitglied des Arbeitslosenrates in Prag bin und daß alle Schritte zugunsten der Arbeitslosen-Angehörigen unserer Partei in die Kompetenz der Gewerkschaftsorganisation unserer Partei fallen.

Das bedeutet zweifellos eine zeitweilige Enttarnung der Krise in der nationalsozialistischen Partei, da der linke Flügel und kein Führer Dr. Lebenitz die rebellische Abgeordnete im Stich gelassen haben. Ob diese Krise in der Partei dauernd behoben ist, ist freilich eine andere Frage.

Neuer Senator. An Stelle des verstorbenen deutschaparatistischen Senators Friische tritt der deutsche Agrarier Lausche.

### Sitzung des Senats.

Die gestrige Sitzung des Senats wurde vom Vorsitzenden P a s e l um 4.35 Uhr nachmittags mit einem Ausruf für den verstorbenen Senator Heinrich Friisch eröffnet. Der Vorsitzende führte in seinem Nachruf aus, daß die Agrarier Nordmährens in Friisch, der einer der tüchtigsten Führer des „Bundes der Landwirte“ gewesen ist, ihren warmsten Verteidiger verlieren. Friisch, der ein Mann von großem Weitblick in der agrarischen Politik gewesen sei, wurde wegen seiner Tüchtigkeit und seiner sonstigen persönlichen Vorträge von seiner Partei und seinen Anhängern in der nordmährenischen Heimat stets auf verantwortliche Stellen berufen, auf denen er voll und ganz seine Kraft und Tüchtigkeit bewiesen hat. Als Mitglied vieler landwirtschaftlicher und kultureller Korporationen in Mähren und auch in den einzelnen Ausschüssen des Senats, denen er angehörte, habe der Verstorbene sich immer als tüchtiger und lieber Mitarbeiter erwiesen.

In Erledigung der Tagesordnung gelangte sodann der Gesetzentwurf über Änderung gewisser Bestimmungen der Strafgerichtsordnung, nach welchem die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen eine Einschränkung erfährt, sowie der Gesetzentwurf, nach dem die Regierung ermächtigt wird, Änderungen der Amtsbereiche im Grenzgebiete vorzunehmen, zur zweiten Lesung. Die Gesetzentwürfe wurden ohne Debatte angenommen. Gleichfalls angenommen wurden in erster Lesung ein Gesetzentwurf über die Staatsunterstützung von Sparkassen und deren Filialen in der Slowakei und Karpathenland, weiter ein Gesetzentwurf über Entschädigung militärischer Vorkämpfer im Jahre 1923 und schließlich ein Gesetzentwurf über Änderung gewisser Bestimmungen der Vormundschaft und Waisenspflege. Die beiden letzten Gesetzentwürfe wurden wegen ihrer Dringlichkeit sofort in zweiter Lesung angenommen.

Schluß der Sitzung um einhalb 6 Uhr.

\*\*\*

### Aus der Klubmänner Sitzung des Senats.

In der gestrigen Klubmänner Sitzung des Senats wurde in Erledigung der Tagesordnung beschlossen, daß die nächste Sitzung am Freitag, den 1. Dezember um 11 Uhr vormittags stattfindet. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht das Gesetz über den Nachschubkredit von 100 Millionen Kronen für die Arbeitslosen und die Zuweisung des Voranschlags an den Budgetauschuß. In der nächsten Woche soll der Budgetauschuß die Beratung durchführen. Wenn erforderlich, wird Donnerstag, den 7. Dezember eine Plenarsitzung stattfinden. Bezüglich der Budgetdebatte wurde vereinbart, daß diese am 12. Dezember beginnen soll und wird an diesem Tage die Generaldebatte abgeführt werden. Die Spezialdebatte des Budgets erfolgt in vier Gruppen: einer politischen, finanziellen, kulturellen und einer wirtschaftlichen. Ueber jede dieser Gruppen wird je einen Tag debattiert werden. Der Anfang der Spezialdebatte wird für den 16. Dezember in Aussicht genommen. — Sodann führte Ge-

nosse Dr. Heller aus, daß auch dieses Jahr die Gefahr besteht, daß der Senat noch vor Weihnachten eine größere Anzahl von befristeten Gesetzen zu beschließen hat und daß er in die Zwangslage gelangt, diese Vorlagen überhastet und ohne gehörige Vorbereitung durchzubringen. Genosse Heller verlangte vom Präsidenten, von der Regierung und von den Parteien, daß diese Zwangslage verhindert werde, da sonst an eine Beratung vor Neujahr nicht zu denken sei. Dem Redner schlossen sich alle Parteien an. Der Präsident und der zufällig anwesende Minister Besina versprochen, alles zu tun, um die richtige Zeit zur Beschließung der Vorlagen zu ermöglichen.

### Soziale Fürsorge?

In der Dienstag-Sitzung des Abgeordnetenhauses führte

#### Abgeordneter Genosse Moscher

Klage darüber, daß seit dem Umsturz sehr wenig für den Arbeiter nach geschahen ist, so daß es den Anschein hat, als ob die Sozialfürsorge in diesem Sinne gänzlich verfallen sollte, und daß Versuche gemacht werden

die Sozialpolitik der ganzen Linie zu hemmen.

Wir sehen zu unserem Bedauern, daß die wichtigen Einrichtungen des Ministeriums für soziale Fürsorge immer mehr und mehr an Bedeutung verlieren. Wir haben in letzter Zeit gesehen, daß die tschechoslowakische Republik von einer furchtbaren Wirtschaftskrise durchschüttelt wird. Wir hätten nun geglaubt, daß gerade in einer Zeit, wo der Arbeiter sehr ungeheure Opfer aufgelegt werden, Vorsorgen für die soziale Fürsorge getroffen werden. Wir müssen leider gestehen, daß die Regierung auf diesem Gebiete ihre Pflicht nicht erfüllt hat, daß auch diesmal die Wünsche der sozialistischen Klasse durchgegangen sind, sich vermindert haben. Es sind hunderte von Betrieben mit 10.000 Arbeiter stillgelegt worden, man hat die Arbeiter rücksichtslos entlassen: Wir haben in den meisten Betrieben stark herabgesetzte Arbeitszeiten, wir haben Betriebsbeschränkungen, Hunderttausende von Menschen leben vor der fargen Arbeitslosenunterstützung, durch die Betriebsbeschränkungen ist der Lohnverdienst des Arbeiters vermindert worden. Nur um, wir sehen im gegenwärtigen Augenblicke furchtbarsten Elend unter der Arbeiterschaft. Die Regierung hat vor einiger Zeit, als sich diese Krise in den schlimmsten Formen bemerkbar machte, eine Kundmachung an die Bevölkerung erlassen, worin eine ganze Reihe von Versprechungen zum Schutze der Arbeiterschaft angeführt waren. Wenn wir heute diese Versprechungen hernehmen, muß wiederum konstatiert werden, daß das, was damals die Regierung in ihrer Erklärung gesagt hat, nur zum geringsten Teile eingehalten wurde. Es sollte dafür gesorgt werden,

daß die Betriebe nicht kurzerhand stillgelegt werden können,

daß Kommissionen eingesetzt werden, die beauftragt sind, solange es möglich ist, die Aufrechterhaltung der Betriebe herbeizuführen; es sollte ferner eine Kündigungsfrist für die Arbeiter festgelegt werden.

Unsere Krankenkassen leiden ebenfalls sehr unter den Folgen der gegenwärtigen Krise.

Im Jahre 1921 wurde rund eine halbe Milliarde an Unterstützungen verausgabt. Da wäre es wohl auch an der Zeit, daß der Staat sich endlich besinne und zum Schutze der Krankenkassen Entsprechendes vornehmen würde. Die Krankenkassen verlangen, daß ihnen zinsfreie Darlehen gewährt werden, damit sie instande sind, ihren weiteren Verpflichtungen den Mitgliedern gegenüber nachzukommen. Wir müssen auch Beschwerde darüber erheben, daß die Regierung ganz besonders in der letzten Zeit des Lohnabbaues, was den Schutz der wirtschaftlich schwachen Arbeiter anlangt, vollständig versagt hat. Sie hat eigentlich jenem Grundgesetz gehuldigt, über den Basalle sagt: Der Staat spielt eigentlich die Rolle der Nachzüglerrolle der Kapitalistenklassen.

Die Arbeiterschaft befindet sich heute in einer verzweiflungsvollen Lage. Es wäre Aufgabe aller ernsthaften Volkswirtschaftler und auch der Regierung, Vorsorge zu treffen, wie man die Eingliederung der Arbeiter in das Wirtschaftsleben vornehmen soll, die nach Beseitigung der Wirtschaftskrise nicht mehr eingestellt werden, und daß die Arbeiter, soweit sie in ihren alten Industrien keine Beschäftigung finden, durch Schaffung von Er s a h n d u n g e n untergebracht werden. Es müßte ihnen auch die Möglichkeit geboten werden, daß sie andere Arbeitsplätze im Auslande aufsuchen können. Unser Handelsminister hat sich wiederholt in seinen Reden gegen die Interessen der Arbeiterschaft ausgesprochen und sich als Gegner ihrer bisherigen Errungenschaften erwiesen. Auch seine Versprechungen hat er nicht eingehalten. Die große reaktionäre Welle, die mit der Erstarkung und der Widerstandskraft des Kapitalismus Hand in Hand geht, sucht alle Fragen des Arbeiterschutzes zu droffeln. Sollte man vielleicht den Versuch unternehmen, den Arbeitern ihre einzige Errungenschaft

den Acht-Stunden Tag zu rauben,

dann wäre es ein Kampf auf Leben und Tod. (Beifall.)

Ich muß auch einige Worte zur

#### Arbeitslosenunterstützung

sagen. Es ist heute noch der Fall, daß jugendliche Arbeiter keine Unterstützung bekom-

men und man ihnen sagt, sie sollen dorthin gehen, wo Arbeit ist, während doch niemand sagen kann, wo sie Arbeit finden können. Es ist heute noch so, daß man alten Arbeitern keine Unterstützung gibt, weil sie über 60 Jahre alt sind und daher nicht mehr arbeitsfähig sein sollen. Man hat aber auch noch nichts vorgelehrt, daß diese alten Arbeiter unterwärts unterrichtet werden. Es wird der ganzen Kraft der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bedürfen, daß die letzten Erlasse des Fürsorgeministeriums nur an nähernd eingehalten und durchgeführt werden. Wir haben heute noch viele Fälle, wo Arbeitslose ausgeschieden werden, weil der Vater oder ein anderes Familienmitglied einen kleinen Verdienst hat. Wir sehen auf der ganzen Linie eine vollkommen engherzige Auslegung des Gesetzes.

Wir haben einen Antrag eingebracht, der eine Besserstellung der Arbeitslosen bezweckt. Unser Antrag bezieht sich darauf, allen jenen die Unterstützung zu geben, die durch den unverschuldeten Verlust ihres Arbeitsplatzes den Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können. Wir sehen gar nicht, daß von der Regierung auch nur der Versuch gemacht wird, dieses berechnete Verlangen unserer Arbeitslosen auch nur im entferntesten zu unterstützen.

Wir brauchen gerade in der gegenwärtigen Zeit notwendig die Arbeitsvermittlung. Was wir heute in den Bezirksarbeitsvermittlungsinstituten haben, ist vollständig ungenügend, und gerade in der Zeit der Wirtschaftskrise, wo Zehntausende und Hunderttausende von Arbeitern auf der Straße liegen, wäre es notwendig, eine ordentliche Arbeitsvermittlung zu haben. Als die Krise einsetzte, wäre es die richtige Aufgabe der Regierung gewesen, das Gesetz über die Einigungsämter zu schaffen. Es wäre weiter eine wichtige Aufgabe gewesen, daß auch das Gesetz zum Schutze der Kollektivverträge festgelegt worden wäre.

Wir sehen, daß die bestehenden Klassen ihre Handelskammern haben, daß diese Handelskammern sehr häufig der Ort sind, wo man Arbeiterbeschwerden umbringt. Wir sehen, daß die Landwirte ihre bestimmten Einrichtungen zum Schutze ihrer Interessen haben, wir sehen aber nicht, daß etwas Ähnliches zugunsten der Arbeiter geschaffen wird. Wir meinen, daß die

#### Errichtung von Angestellten- und Arbeiterkammern

auch in diesem Staat eine sehr dringende Notwendigkeit ist. Wir stellen heute neuerlich die Forderung nach Errichtung dieser Kammern auf.

Es ist die höchste Zeit, daß die Regierung der Frage des Arbeitererlaubnisses größere Aufmerksamkeit zuwendet, als es bisher der Fall war. Das Ministerium für soziale Fürsorge ist wohl nicht instande, allein alles, was erforderlich ist, durchzuführen und wir wissen, daß der Widerstand von der Gegenseite ein viel stärkerer ist. Wir verlangen aber auch vom Ministerium für soziale Fürsorge, daß es die Interessen der Arbeiter mit voller Energie wahrer und geben die Versicherung, daß wenn dies geschieht, der Minister die gesamte Arbeiterschaft auf seiner Seite finden wird. (Lebhafte Beifall.)

### Telegramme.

#### Abmilderung der Pariser Drohungen?

Paris, 29. November. (Gavas.) „Petit Parisien“ betont, daß das, was sich im Palais Elisee Montag ereignete und gestern seine Fortsetzung fand, ein bloßes Studium bedeutet, das eine Entscheidung nicht im Gefolge hatte und nicht haben kann. Es handelt sich einzig um die Maßnahmen, welche die französische Regierung, die keine Initiative ohne vorhergehende Beratung mit den Alliierten ergreifen will, diesen vorzuschlagen gezwungen sein könnte.

#### Die ottomanische Schuld.

Lausanne, 29. November. (Schweiz. Dep. Ag.) Ismet Pascha erklärte in der gestrigen Nachmittags-Sitzung der Finanz- und Wirtschaftskommission, die Nationalversammlung von Angora könne nur eine teilweise Verantwortung für die ottomanische öffentliche Schuld tragen. Er hielt daran fest, daß die vom ottomanischen Reiche seit dem Jahre 1914 abgetrennten Provinzen den Teil dieser Schulden, welchen die Unterkommision festsetzen wird, für die ottomanische Schuld übernehmen müssen. Er gab sodann einen Ueberblick über die Kriegsschäden, welche die Türkei erlitten hat und forderte den Ersatz dieser Schäden durch die Griechen. Benizelos erklärte letzteres für unzulässig, da die Türkei an Serbien den Krieg erklärt habe und die Griechen nur als Verbündete interveniert haben. Die Türkei sei Schuldnerin Griechenlands, dieses wolle ihr aber die Schulden schenken. — Rintschitsch schließt sich den Törken betreffend der Aufstellung der Schulden an. — Der französische Delegierte Barre ist gegen die Aufstellung, da ohne die Zustimmung der zahlreichen Privatgläubiger keine Reduktion zulässig sei. Die Reparationspflicht Griechenlands wird von den Alliierten teilweise anerkannt, besonders für Privatgüter. Die Besetzungskosten müssen von den Törken vergütet werden, jedoch seien angesichts der langen Dauer der Besetzung Konzessionen angebracht.



# Stürmische Szenen im Abgeordnetenhaus.

Bei der Abstimmung über das Budget kam es gestern im Abgeordnetenhaus zu großen Szenen, die ihre Ursache in der beispiellosen Friivolität und Brutalität hatten, mit der die tschechische Mehrheit, alle, selbst die dringlichsten Anträge unserer Genossen niederstimmte. Der Generalberichterstatter Abgeordneter Sedinko nützte das Schlupfloch dazu aus, um, anstatt sich in sachlicher Weise mit den Budgetjournen zu befassen, der Opposition weise Lehren zu erteilen. Als er während seiner Ausführungen durch Zurufe aufgefordert wurde, zu erklären, was mit den Anträgen geschehe, erklärte er, daß die Mehrheit beschließen habe, alle Anträge der Opposition abzulehnen. Das erwiderte auf den Winken der deutschen Sozialdemokraten stürmische Kundgebungen der Empörung. Die Empörung wurde umso größer, als unsere Genossen wahrnahmen, daß auch der Antrag wegen Erhöhung des Arbeitslohnkredites vor den Augen der Mehrheit keine Gnade gefunden hatte. Während fast einer ganzen Stunde wiederholten sich immer neuerlich die stürmischen Zurufe unserer Genossen, die auf das Schandbare der Abstimmung der Koalition, welche für die Arbeitslosen keine weiteren Heller übrig hat, immer wieder hinwies. Die Journen nahmen erst ein Ende, als der Berichterstatter Sedinko sein Schlupfloch beendet hatte. Auch während der Abstimmung kam es wiederholt zu lebhaften Kundgebungen unserer Genossen, zu Auseinandersetzungen mit den Abgeordneten der Mehrheitsparteien und schließlich, als der Antrag Roscher wegen Erhöhung des Arbeitslohnkredites abgelehnt wurde, kam es zu leidenschaftlichen Ausbrüchen der Empörung, in deren Verlauf unsere Genossen zum Zeichen des Protestes gegen diese Schandabstimmung unter stürmischen Zurufen den Saal verließen. Die von gerechter Empörung erfüllten Kundgebungen unserer Genossen, die einer Geißelung des Treibens der Koalitionsparteien gleichkamen, hörten die Abgeordneten der Mehrheit mit Stillschweigen und offensichtlicher Beschämung an. Nachstehend der Bericht.



Präsident Tomasek eröffnete die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr 20 Minuten.

Abg. Josef Stotel (tschechischer Sozialdemokrat), der für den Abg. Zverec, der auf sein Mandat verzichtete, eintritt, leistet den Abgeordneten eid.

Abg. Ritz (tschechischer Sozialdemokrat) warnt davor, den Arbeitern noch weiter die Löhne herabzusetzen in einer Zeit, in der die Schwerindustrie hundertprozentige Gewinne macht.

Abg. Dragl (tschechischer Sozialist) fordert die Errichtung einer ordentlichen Grubeninspektion. Die Bergarbeiter fordern, daß ihnen ein Mitbestimmungsrecht an dem Sicherheitsdienst in den Gruben gegeben wird.

## Abgeordneter Genosse Häusler

Die letzte Sitzung, die der Ernährungsausschuß im Juni gehalten hat, hat 18 Thesen aufgestellt, um die Teuerung wirksam zu bekämpfen. Seit dieser Zeit war keine Sitzung mehr, die irgend etwas geleistet hätte, trotz Krise, Not, Teuerung und Elend. Was wurde bisher von den 18 Thesen verwirklicht? Ich möchte nur einige Punkte herausgreifen: Ermäßigung der Tariffaxe für Lebensmittel. Außer den Kartoffeln ist von einer Ermäßigung bei anderen Lebensmitteln nichts bekannt. Schaffung von Kühlanlagen. Nichts ist bis jetzt durchgeführt worden. Schaffung von Preisprüfungscommissionen und Ueberwachungsstellen. Bis jetzt nichts. Verschärfung der Strafbestimmungen für Wucher. Nichts. Zugleich der zollfreien Einfuhr von Lebensmitteln, wie Fleisch und Fett, ist bis jetzt nichts veranlaßt worden, obwohl ich der Anschauung bin, daß

## bei der tschechoslowakischen Schweinefleisch Fett genug

vorhanden sein müßte und eine Einfuhr nicht notwendig wäre. In der erwähnten Sitzung des Ernährungsausschusses wurde weiters die Schaffung von Konsumentenklammern gefordert, die bis heute jedoch nicht durchgeführt wurde.

Was seitens der Regierung bisher tatsächlich geschehen ist, war ein Appell an die Händler und an die Produzenten, mit den Preisen herunterzugehen. Aber es wird doch niemand glauben, daß Händler oder Produzenten diesen Aufruf ernst nehmen, wenn die Regierung nicht selbst mit gutem Beispiel vorangeht. Wir brauchen Preisprüfungsstellen, die die Preise ständig kontrollieren und festsetzen sollen. Das Vertrauen zu den Wuchergerichten ist vollständig geschwunden, da man gesehen hat, daß die Preistreiber entweder überhaupt nicht oder im besten Falle sehr milde bestraft worden sind.

Im Budget für 1923 sind die Einnahmen für die indirekten Steuern eingestellt, das sind Kohlensteuer, Zuckerversteuer, Umsatz-, Tabak-, Fleisch- und Verkehrssteuer und Zölle für das ganze Staatsgebiet, insgesamt sieben Milliarden und dreiunddreißig Millionen. An direkten Steuern sind eine Milliarde und achtundertvierundvierzig Millionen eingestellt, oder in Prozenten ausgedrückt: An indirekten Steuern, also jene Steuern, die die Lebensmittel ungeheuer verteuern, 78,8 Prozent; an direkten Steuern nur 21,2 Prozent.

## Also 1/3 direkte und 2/3 indirekte Steuern.

Diese Steuern muß das Volk tragen, weil die Republik eine viel zu große Armee und einen zu teuren und zu großen Verwaltungsapparat besitzt.

In der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Svehla finden wir, daß auf dem Gebiete der Zölle nichts zu machen ist. Er sagte u. a.: In der Frage der Zollpolitik wird die Industrie und Landwirtschaft gleich behandelt werden. Wir wenden uns gegen die Agrarzölle, weil dadurch eine neue Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel herbeigeführt wird. Ein Vergleich mit der Industrie ist nicht begründet. Wenn Zollschranken errichtet werden, so wissen wir, daß die Konsumenten höhere Preise werden bezahlen müssen, weil sie uns von Seite der Agrarier werden diktiert werden. Dagegen werden sich die Arbeiter mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln in der schärfsten Weise wenden. Die Zollfrage der Landwirtschaft ist mit der in der Industrie nicht zu vergleichen, weil die Industrie in der Tschechoslowakei 70 Prozent der Erzeugung exportieren muß. Wenn die Möglichkeit geschaffen werden soll, den Arbeitern Arbeit und Verdienst zu geben, so kann man die Zollpolitik dieser Industrie nicht in demselben Maße beurteilen, wie dies für agrarische Produkte der Fall ist.

Als die Preise hoch waren, gab es niemals einen Lohnausgleich. Kaum sind die Preise zurückgegangen, so wird der Lohn durchschnittlich um 30 Prozent wieder herabgesetzt.

## Junger müssen die Arbeiter in erster Reihe die Opfer tragen.

Durch die Inzarsarbeit haben wir eigentlich 60 Prozent Lohnabbau. Industrielle und Agrarier hatten sieben fette Jahre, sie sollten sich jetzt mit ein paar mageren Jahren begnügen und Opfer bringen.

Vor einigen Tagen wurde Ihnen hier von dieser Stelle aus der Beweis erbracht, daß Tausende Menschen in Karpaten- und Ostland hungern, daß sie Rüben, Pferdefleisch und Brot aus Mist essen müssen. Tausende und Tausende müssen auswandern, weil sie nicht Arbeit finden. Aber wir brauchen nicht hinüber nach der Slowakei zu gehen. Das statistische Staatsamt weist aus, daß in den ersten drei Monaten dieses Jahres vom Jänner bis März rund 6000 Menschen ausgewandert sind, davon zirka 2000 für immer. Zu diesen 2000, die für immer ausgewandert sind, stellen den größten Teil die Arbeiter Böhmens und Mährens.

## Unsere hochqualifizierten Arbeiter stehen vor dem Hunger ins Ausland.

Betrachten Sie nur das ganze deutsche Gebiet in der Tschechoslowakischen Republik, das vorwiegend Industriegebiet ist. Die Industrie liegt vollständig brach, eine andere Arbeitsmöglichkeit, z. B. in der Landwirtschaft, kommt in diesen vorwiegend gebirgigen Gegenden nicht in Betracht.

## Von Aß bis Troppan und Neulitschein finden Sie nichts als Not und Elend.

In Ostböhmen und Nordmähren gibt es eine hochentwickelte Hausindustrie. Seit Kriegsbeginn liegt sie vollständig darnieder. Die Hausweberei ist beinahe überhaupt nicht mehr beschäftigt.

Pflicht des Ernährungsministers ist es, im Einvernehmen mit dem Minister für soziale Fürsorge in erster Reihe dafür zu sorgen, daß jene Leute, die weder Unterstützung noch Arbeit haben, die Ernährung gesichert erhalten. Wir verlangen die Durchführung der im Juli beschlossenen 18 Thesen, wodurch wenigstens teilweise wirksam der Teuerung und der Not gesteuert wurde. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Stobola (tschechischer Agrarier) erklärt, daß der Staat überindustrialisiert ist.

Abg. Botruba (tschechischer Nationaldemokrat) befaßt sich mit der Stellung der Kaufleute in der gegenwärtigen Krise.

Abg. Dr. Nedinger (parteilos) erklärt, es sei richtig, daß der größere Teil der Krise nicht auf die Prager Finanzpolitik zurückzuführen ist, sondern auf die Kaufunfähigkeit Oesterreichs und Deutschlands, doch habe diese die Tschechoslowakische Republik mitverschuldet. Es sei unbillig, von der Industrie Preisnachlässe und von der Arbeiterschaft Lohnverzichte zu verlangen, wenn der Staat nicht in gleicher Weise vorgeht. Besonders zu verurteilen ist das weitere Festhalten an der Kohlenabgabe und der Umsatzsteuer. Der Voranschlag nimmt weder auf den Hochstand unserer Krone, noch auf den Tiefstand unserer Wirtschaft Bedacht.

Abg. Kapřiva (tschechische Volkspartei) und Abg. Babra (tschechische Gewerdepartei) befaßen sich mit Steuerfragen.

Abg. Wetz (tschechischer Sozialdemokrat) behandelt die ungenügende soziale Fürsorge in der Slowakei und fordert den Ausbau des slowakischen Eisenbahnetzes.

## Abgeordnete Genossin Ripal.

Für den Kampf gegen Volks- und soziale Krankheiten sind 7.350.000 Kronen eingesetzt. Es ist natürlich nicht zu verstehen, wie mit diesen Summen ein Auskommen gefunden werden kann. Soll doch der Aufwand, der dem Staate aus dem Gesetze vom 11. Juli 1920 zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erwächst, davon gedeckt werden. Das Gesetz spricht von einer kostenlosen Behandlung der Geschlechtskrankheiten. Jeder Laie weiß nicht, daß die Behandlung mit Salva-

fan sehr kostbar ist. Wir befürchten, daß diese Behandlung mehr Schaden als Nutzen anrichten wird. Es war die höchste Zeit, daß der Staat diesbezüglich eingreift. Doch was geschieht nach Bekanntmachung dieser Gesetze? Die Verdellbesitzer bilden den Verein der sogenannten Selbsthilfe, der vorgibt, die Rettung der Mädchen zu wahren. Doch es handelt sich ihm um die eigene Rettung,

## um die Rettung seiner Kapitalien.

Die Mädchen müssen natürlich gerettet werden. Darüber sind wir uns klar und wir stützen uns wieder auf das Gesetz. Aber wenn wir auch wissen, daß es bereits heute hier und da Asyle für gefallene Mädchen gibt, so werden wir es nicht unterlassen, von dieser Stelle aus den Herren und Damen solche Asyle vor Augen zu führen, damit sie es sich zur Richtschnur nehmen, daß

## derartige Heime nicht darnach angetan sind, die Mädchen zu retten.

Bereits im Jahre 1908 wurde hier in Prag vom christlichen Frauenheim ein Heim für gefallene Mädchen errichtet. Dieses Heim besteht noch heute unter dem Protektorat der früheren Gräfinnen Sobotová und Westfal. Aber die Mädchen entfliehen von dort. Sie können sie nicht retten, selbst wenn sie unter dem Protektorat von Gräfinnen und Fürstinnen stehen. Bei dieser Gelegenheit aber möchte ich das Augenmerk der Regierung auf eine zweite Anstalt lenken, u. zw. auf

## die staatliche Findelanstalt.

Dort leben die Mädchen monatelang, kein Mensch kümmert sich um ihren Geist. Sie gehen wieder heraus und wir sehen, daß sie immer wieder in diese Anstalt zurückkehren und dann den Weg natürlich zurück in die Beratungsstelle für Geschlechtskranke finden. Mit Schauer nehmen wir das Leben in den Tag- und Nachtskolen, insbesondere in den Weinstuben wahr. Bei dieser Gelegenheit würde ich die Regierung ganz ernstlich bitten, sich damit zu beschäftigen, ob es nicht angebracht wäre, Polizeinspektoren, denen man die Aufsicht dieser Wein- und Nachtskole überträgt, zu beschäftigen. Und wir wissen genau, bevor nicht die Wohnungskrise und Wirtschaftskrise beigelegt wird, kann an eine radikale Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht gedacht werden.

Ein anderer Betrag von 13.950.000 Kronen ging zur Weiterbekämpfung der sozialen und Volkskrankheiten. Die Tuberkulose findet gerade in dieser Wirtschaftskrise den günstigsten Nährboden. Aber es kommt noch etwas, eine Erscheinung dazu, die wir früher vielleicht nicht gekannt haben. Wir wissen, daß die gewöhnliche Tuberkulose mit Lungenapoplektik anfangt. Sie sucht sich ihre Opfer meist unter den Jugendlichen. Diese gehen gar nicht einmal in dieser Wirtschaftskrise zum Arzt aus Furcht davor, daß sie um ihren Arbeitsplatz kommen. Hier müßte natürlich das Uebel bei der Wurzel gefaßt werden.

Für die Affonierarbeiten finden wir den Betrag von 4.200.000 Kronen eingesetzt. Diese absolute Höhe des Betrages wirkt lächerlich. Im Interesse der Bevölkerung Auffig muß schon heute die Forderung erhoben werden, daß die Regierung die Lehren der heurigen und vorjährigen erschreckenden und opferreichen Typhusepidemie, wie sie gerade im Aussiger Bezirk getobt hat, beherzige. Wir brauchen nur die Regulierung der Bachläufe und eine hygienisch einwandfreie Kanalisation.

Nun ein erstes Wort für die körperliche Erziehung. Wie sieht es mit dieser aus? Das Schulturnen in den Volks- und Bürgerschulen ist keine Erziehung. Wir haben keine oder nur sehr schlechte Turnsäle. Bei dieser Gelegenheit tut es mir leid, daß der Minister Stramel nicht zur Stelle ist. Ich frage die hohe Regierung: Wo ist der Gesetzesentwurf, der mehr als vor einem ganzen Jahr — ein Entwurf zu einem Spielplatz und zu einem Turnplatzgesetz, — geboren wurde? Sollte er vielleicht, ehe er geboren ist, bereits begraben worden sein? Wie wurden die verschiedenen Subventionen an die verschiedenen Turnvereine verteilt? Darüber hat noch niemand Aufklärung bekommen. Erst gestern las ich einige Briefe, wo das Ministerium bei Anfragen um Subventionen schreibt: Das Geld ist bereits aufgeteilt und wir haben für dieses Jahr keines mehr zur Verfügung. Wir fordern vom Staate, daß er uns die Ausbildung von Turnlehrern und Sportlehrern gewährt, die Unterstützung der Körperpflege treibenden Vereine, vierzehntägige Kurse für Vereinsvorturner auf Staatskosten, Weisungen an die Gemeinden und Schulen, die Vereine, insbesondere die Schülerabteilungen derselben ohne Unterschiede der Richtung zu unterstützen.

Sehr vernachlässigt ist auch die Fürsorge für haltungschwache Kinder. Orthopädisches Turnen wäre angebracht. Auch hier kann ich mich nicht des Vorwurfs erwehren und muß es der Regierung sagen, daß sie

## alle Gesuche unberücksichtigt

gelassen hat. Ich frage nur, ob der Herr Minister Rabin und der Herr Abgeordnete Ramak sich auch dessen, was sie überall in den Versammlungen den Leuten predigen, bewußt sind, wenn sie aussprechen: Es liegt uns sehr viel daran, die Gesundung dieses Staates zu erzielen. Denken diese beiden Herren auch wirklich an die Gesundung dieses Staates? Nein, nein, und nochmals nein. Ihr Motto ist sparen auf allen Linien. Wir haben durchaus nichts gegen das Sparsystem, aber an der richtigen Stelle. Nie und nimmer werden wir dulden, daß am höchsten Gut des Volkes gespart werde, an seiner Gesundheit. (Starker Beifall.)

Abg. Waho (tschechischer Agrarier) bespricht den schlechten Schulbesuch in der Slowakei.

Abg. Svizdal (tschechischer Sozialdemokrat) beklagt sich darüber, daß auch die Staatsbetriebe ihre Arbeiter zum beträchtlichen Teile entlassen.

Abg. Šaljšky (deutscher Christlichsozialer) wünscht, daß die Sparmaßnahmen der Regierung nicht etwa bei den produktiven Staatsausgaben vorgenommen werden sollen, namentlich nicht bei der Aufwendung für Zwecke der sozialen Fürsorge.

Abg. Janalík (tschechische Volkspartei) fordert die Liquidierung des Ernährungsministeriums und die Entpolitisierung des Bodenamtes.

Abg. Stolba (tschechischer Agrarier) beschwert sich über die ungenügende Dotierung der landwirtschaftlichen Hochschule.

Abg. Černý (tschechischer Sozialdemokrat) ist der Ansicht, daß ein besonderes Gesetz zum Schutze der Kleinpächter und ein Gesetz über die Reform der Landwirtschaftsräte nötig sei.

## Abgeordneter Genosse Dr. Politischer:

Politik und Verwaltung ist bei uns auf das Prestige eingestellt und will den Eindruck erwecken, daß hier kultureller und sozialer Fortschritt das oberste Ziel aller politischer Tätigkeit ist. Dabei aber übernimmt man sich und

## schaft Gesetze, welche man nicht durchführen kann.

Ein solches ist die sogenannte lex Politischer, die weder in den Bezirken, ja nicht einmal in den Bahnhofrestaurationen durchgeführt wird. Das andere ist das Gesetz über die Verstaatlichung der Sanitätspolizei. Dieses beruht überhaupt auf dem Grundsatz,

## die Bevölkerung möglichst auszuschalten,

den deutschen Selbstverwaltungskörpern die Mitbestimmung zu rauben. Bei dieser Gelegenheit protestieren wir auf das lebhafteste, daß auch die Autonomie der Krankenkassen untergraben wird.

Rufe: Schanddemokratie! Unerhörte Korruption! Haderlumpen!

Abg. Dr. Politischer: Die Regierung hat die Pflicht, die Krankenkassen gegen die Verwaltungsbehörden in Schutz zu nehmen. Zum Sanitätsgesetz muß ich sagen, daß es heute

## vom Gesundheitsminister selbst sabotiert

wird. Vizepräsident Svizdal ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Diel: Die Wahrheit kann er doch sagen!

Abg. Dillebrand: Jeder darf hier treiben, was er will! Abg. Čermak: Er hat das Gesetz gebrochen! Großer Lärm bei den deutschen Sozialdemokraten. Abg. Joll: Er hat das Bestreben, daß die Leute in den Himmel kommen.

Abg. Dr. Politischer: Das Sanitätsgesetz soll am 1. Jänner in Kraft treten, und da jedes Durchführungsvorschrift fehlt, werden wir

## vor einem Chaos

stehen. Die Aerzte werden keine Arbeitgeber mehr haben und daher auch keine Arbeit leisten. Wir aber wollen, daß die Volksgesundheit geschützt wird. Das Parlament hat seinen Willen ausgesprochen. Wird die Koalition auch die Kurage haben, darauf zu bestehen, daß dieses Gesetz am 1. Jänner durchgeführt wird? Ich verlange von den Mehrheitsparteien, die sicher für die Volksgesundheit zu allen Opfern bereit sind, unserem Antrag auf Erhöhung der Summe zur Durchführung dieses Gesetzes von 25 Millionen auf 70 Millionen zuzustimmen. Diese beiden Beispiele aber zeigen Ihnen, wie in diesem Staate mit der Demokratie und mit dem Selbstbestimmungsrecht — das ist ja Demokratie — umgegangen wird. (Beifall.)

Abg. Brožík (tschechischer Sozialdemokrat) sieht in der Verteuerung der Kohle ein Hindernis für die Entwicklung der Industrie. Schuld daran trägt besonders die Kohlenabgabe.

Damit war die Debatte über die letzte Budgetgruppe beendet.

Generalberichterstatter Sedinko teilt mit, daß in der Budgetdebatte 128 Redner 73 Stunden sprachen. Anträge wurden 133 erreicht.

Abg. Joll: Und Ihr werdet sie alle ablehnen!

Der Berichterstatter ergeht sich sodann in politischen Betrachtungen, wobei er von unseren Genossen wiederholt aufgefordert wird, zu den Budgetjournen zu sprechen und zu den Abänderungsanträgen Stellung zu nehmen. Er erklärt hierauf, daß die Abänderungsanträge abgelehnt werden, und zwar nicht nur aus meritorischen, sondern auch aus stilistischen Gründen. Auch die Form einiger Anträge ist unannehmbar.

Abg. Dr. Čech: Wir werden noch einmal in die Volksschule gehen!

Abg. Dillebrand: Wegen schlechter Stillierung muß also die Arbeiterschaft hungern.

Der Berichterstatter erklärt unter andauern dem Lärm, daß das Recht, sich zu beschweren, bloß einer lokalen Minorität gebührt.

Abg. Heeger: Wo ist Euer Lokalität geblieben?

Abg. Hirsch: Hören Sie mit diesen Phrasen auf!

Der Berichterstatter spricht weiter und wirft den Minoritäten einigemal unehliches Verhalten vor, was bei unseren Genossen, die sich vor den



Ministeramt aufgestellt hatten, kümmerlichen Probestück wech.

Abg. Dr. Politischer: Wie sieht eure Loyalität aus?

Abg. Joll: Reden Sie lieber von der herrschenden Korruption.

Abg. Rouny: In Karpathenland hat man noch nicht gewählt.

Abg. Hillebrand: So spricht ein Professor. Ich würde mich bedanken, so eine Rolle zu spielen.

Abg. Cermak: Und was ist es mit unseren Schulen?

Abg. Diell: Sie verteidigen die Schulschande? Schämten Sie sich, Herr Professor.

Abg. Sabah: Wie Ihr nur die Slowaken behandelt.

Abg. Dr. Politischer: Die Bürokraten machen was sie wollen.

Abg. Hillebrand: Es war eine Unverschämtheit, die Verfassung in unserer Abwesenheit zu beschließen.

Als der Berichterstatter davon spricht, wie gut es dem deutschen Schulwesen in der Republik geht, ruft

Abg. Hillebrand: Gebt uns doch die Schulautonomie.

Als der Berichterstatter das Investitionsbudget behandelt, ruft

Abg. Cermak: Was wird im deutschen Gebiete gebaut?

Abg. Zierhut: Reden Sie von der Wirtschaftskrise?

Als der Berichterstatter von Recht, Gerechtigkeit und Menschlichkeit spricht, ruft

Abg. Cermak: Hören Sie zu provozieren auf.

Abg. Hillebrand: Wie ist es mit dem Sprachengeß in Finnland? Erzählen Sie uns etwas darüber.

Abg. Papelt: Geben Sie ein Schulbuch über Loyalität aus.

Abg. Hillebrand: Sollen wir vielleicht eure Loyalität gegenüber Oesterreich nachahmen. Antwortet, ob Ihr das wünscht?

Abg. Czsch: Was ist es mit dem Standpunkt zu unseren Anträgen?

Abg. Cermak: Zeigen Sie uns, wie Sie sachliche Arbeit der Opposition schätzen.

Unter ungeheurem Lärm fordert der Generalsekretär das Haus auf, alle Anträge, welche bereits im Budgetauschuss abgelehnt wurden, auch im Plenum abzulehnen. Unsere Genossen protestieren in stürmischer Weise.

Abg. Joll: Für Arbeitslose habt Ihr kein Geld.

Abg. Hillebrand: Erst preßt man die deutschen Arbeiter in den Sack hinein, dann läßt man sie verhungern.

Abg. Uhl: Für Kultur ist Geld genug da.

Abg. Heeger: Ein parlamentarischer Schwindel wird hier getrieben.

Abg. Cermak: In keinem Parlament der Welt gibt es so etwas.

Abg. Joll: Warum sehen Sie nicht die Ausgaben für den Militarismus herab?

Die Deutschbürgerlichen rufen dem Präsidenten zu: Holen Sie die Polizei herein!

Als der Berichterstatter erklärt, daß die Änderungsanträge politischen Charakter tragen, so daß man sie nicht verhandeln könne, erwidert unserer Genossen neuerlicher stürmischer Protest. Als der Berichterstatter gemeldet hatte, erschallt von den Bänken der Koalition Beifall. Die deutschen Sozialdemokraten schloßen mit den Händen auf die Pulse und rufen: Schämt Euch! Psst!

Im allgemeinen Lärm werden auch die Deutschbürgerlichen Kallina, Schöllich und Rada vom Präsidenten Tomasek zweimal zur Ordnung gerufen. Unter allgemeinem Lärm wird sodann um einviertel 9 Uhr zur

Abstimmung geschritten. Alle Anträge der Opposition werden niedergedrampelt. Jedemal, wenn der Vorsitzende die Ablehnung eines Antrages unserer Genossen mit den stereotypen Worten: So jest mensina (Das ist die Minderheit) verkündet, erschallt von den Bänken unserer Genossen stürmischer Protest. Der Lärm ist zuweilen ein so großer, daß die Worte des Präsidenten nicht zu verstehen sind. Als schließlich der Antrag des Abg. Koscher, den Arbeitslosenkredit von 75 Millionen auf 150 Millionen zu erhöhen, ebenfalls mit den Stimmen aller Koalitionsparteien, auch der tschechischen Sozialdemokraten brutal niedergedrampelt wird, ist die Empörung auf den Bänken unserer Genossen eine ungeheure.

Abg. Uhl schlägt mit den Fäusten auf des Pult, Abg. Heeger und Abg. Hillebrand steigen auf die Bänke und geben ihrer Entrüstung in kurzen Ansprachen Ausdruck, Abg. Häusler schlägt mit einem Bad Driefforten auf die Bank, Abg. Politischer schlägt mit der Altentasse auf des Pult, Abg. Czsch wendet sich mit heftigen Vorwürfen gegen die Ministerbank, Abg. Cermak und die anderen Genossen geben ihrer Entrüstung in stürmischer Weise Ausdruck. Schließlich verlassen unsere Genossen den Sitzungssaal.

Nach dem Auszug unserer Genossen wird die Sitzung fortgesetzt, die Deutschbürgerlichen protestieren in lärmender Weise gegen die Ablehnung der Oppositionsanträge, ebenso die Kommunisten. Abg. Kreibich, sowie die Abg. Mikulisek und Rouny geraten in einen Diskurs mit den tschechischen Sozialdemokraten und im allgemeinen Lärm, in dem auch die Abg. Bahreich, Rada, Schöllich zur Ordnung gerufen werden, wird die Abstimmung um 10 Uhr 12 Min. beendet.

Es wird die Zuerkennung der Dringlichkeit der Interpellation des kommunistischen Abgeordneten Tausig wegen der Zustände in Karpathenland von der Mehrheit abgelehnt, was bei den Kommunisten Protest weckt. Kreibich ruft: „Schämt Euch, das ist schändlich.“

Abg. Halek: Das ist ein Skandal!

Präsident Tomasek ruft den Abg. Tausig zum wiederholten Male zur Ordnung. Die kommunistischen Abgeordneten verlassen schließlich unter den Rufen: Loset das Kabarett auf, schreibt Neuwahlen aus! den Saal, worauf die Sitzung um einhalb 11 Uhr geschlossen wird.

Aus dem Präsidium.

Die Arbeitseinteilung der nächsten Wochen.

In der gestrigen Sitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses beglückwünschte Präsident Tomasek den Vizepräsidenten Druban zu seinem 60. Geburtstag.

Sodann beriet das Präsidium über die Tagesordnung der nächsten Sitzung und die Arbeitseinteilung für die nächste Woche. Nach dem hierbei gefassten Beschlüssen kommen die ursprünglich für Donnerstag und Freitag angesetzten Sitzungen in Wegfall. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet erst Dienstag, dem 5. Dezember, um 1 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung befinden sich die unentschiedt gebliebenen Gegenstände der Tagesordnung der Mittwochszusitzung ferner der Gesetzentwurf über die Wehrerleichterungen, der Vertrag mit Sowjetrußland und der Ukraine und eine ganze Reihe von Gesetzesanträgen der Regierung, darunter das Gesetz, durch welches die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung verlängert wird, ferner einige Unifikationsvorlagen. Am

Schluss der Sitzung wird sich das Haus noch mit den Immunitätsangelegenheiten der Abgeordneten Jung, Koudella und Rajmann zu befassen haben.

Das Parlament wird bis gegen den 20. d. M. beizammen sein und hierbei alle dem Abgeordnetenhause und dem Senate vorgelegten terminierten Regierungsvorlagen erledigen. Die Weihnachtsferien werden bis gegen den 23. Jänner dauern, an welchem Tage wieder die erste Sitzung des Abgeordnetenhauses stattfindet.

Vor Schluss der Sitzung des Präsidiums befasste sich dieses noch mit mehreren administrativen Angelegenheiten und beriet u. a. auch die Vorlage, betreffend die Eisenbahnfahrkarten der Abgeordneten.

Das offizielle Komunique über die Sprengung des Deutschen parlamentarischen Verbandes.

Prag, 29. November. Der Deutsche parlamentarische Verband gibt folgendes Komunique aus: „Der Vorstand des Deutschen parlamentarischen Verbandes trat heute zu einer Sitzung zusammen, wobei der Obmann der Deutschen Nationalpartei Dr. Loggman folgenden Antrag stellte: Es wird festgestellt, daß der Deutsche parlamentarische Verband schon seit längerer Zeit seinen satzungsmäßigen Zweck weder in der Tat noch in der satzungsmäßigen Form erfüllt, und somit tatsächlich schon längst nicht mehr besteht. Es wird daher beantragt, diesen tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, und zum Zwecke der Fühlungnahme der bisherigen Verbandsparteien an Stelle des Verbandes unter gleichzeitiger Auflösung seiner Kanzlei eine Konferenz der Obmänner der fünf Parteien treten zu lassen.“

Der Obmann der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei erklärte, daß seine Partei immer die Notwendigkeit eines Verbandes betonte und für denselben eintrat. Da der Verband jedoch infolge der entgegengesetzten Anschauungen über Ziel und Taktik der deutschen Politik zu keiner erfruchtlichen Tätigkeit mehr kam, schloß sich die nationalsozialistische Arbeiterpartei dem Antrage der Nationalpartei an, bis auf die Forderung nach Schaffung einer Obmännerkonferenz, von deren Zweckmäßigkeit sie nicht überzeugt ist.

Die Obmänner des Bundes der Landwirte, der Deutschen christlichsozialen Volkspartei und der Deutschdemokratischen Freiheitspartei gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Gemeinwohl der Abwehrkampfes alles Trennende weit überwiegt und die Aufrechterhaltung des Verbandes durchaus gerechtfertigt und notwendig sei, und beschloßen sich im Übrigen die Beschlußfassung über den Antrag der deutschen Nationalpartei für ihre Klubs vor. Da die Anregung auf einmütige Auflösung des Verbandes auf Widerstand stieß, erklärte Dr. Loggman nach längerer Debatte den Austritt seiner Partei.

Hierauf wurde die Sitzung behufs Stellungnahme der vier anderen Parteien unterbrochen. Während der Pause übermittelte die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei dem Vorsitzenden Krepel folgenden Beschlus: Die parlamentarische Vereinigung der deutschnationalsozialistischen Arbeiterpartei hat in ihrer heutigen Sitzung einhellig ihren Anschauung Ausdruck verliehen, daß der Verband tatsächlich zu bestehen aufgehört habe.

Hierauf wurde die Sitzung fortgesetzt, woran die Vertreter der Nationalpartei und der

nationalsozialistischen Partei nicht mehr teilnahmen. Krepel brachte die Beschlüsse der nationalsozialistischen Arbeiterpartei zur Verlesung. Die Vertreter der anderen Klubs, Krepel, Böhler und Kasla gaben hierauf Erklärungen des Inhalts ab, daß sie die Auflösung des Verbandes durch die Erklärungen der Deutschen Nationalpartei und der nationalsozialistischen Arbeiterpartei auf das tiefste bedauern. In politischer Hinsicht stehen sie nach wie vor auf dem Juni 1922 von allen fünf Parteien des parlamentarischen Verbandes einmütig beschlossenen Richtlinien.

Abg. Krepel schloß hierauf diese letzte Sitzung des Vorstandes und dankte der Kanzlei für ihre erfolgreiche Tätigkeit.

Der griechische Ministermord.

Sausanne, 28. November. Die Meldung von der Verrichtung der verurteilten Minister in Athen wurde heute abend hier durch eine Neuterdepesche bekannt. Sie erregte größte Sensation. Man befürchtete eine Verschärfung der Lage. Es entstanden sofort Gerüchte, daß Venizelos demissionieren werde, da er sich mit den Athener Vorgängen nicht identifizieren könne.

Man glaubt, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Griechenland auch das Schicksal der Konferenz beeinflussen könnte. Die Griechen weigern sich, irgendeine Erklärung abzugeben. Venizelos hat sich heute an der Sitzung der Untersuchungskommission beteiligt, als ob nichts geschehen wäre. Des ist ein Dementi der Berichte über seine Demission. Die Engländer sind der Meinung, daß die Konferenz fortgesetzt werden könne, den Venizelos vertritt weniger die gegenwärtige griechische Regierung als das griechische Volk, in dessen Diensten er in Sausanne verhandelt.

Keine Einschränkung der Militärkontrolle.

London, 29. November (A.N.). Die „Times“ melden: Die abfertigten Regierungen besaßen sich in sehr ernster Weise mit der Obstruktion der deutschen Offiziere gegen die Tätigkeit der allierten Militärkontrollkommission in Deutschland. Der deutschen Regierung wurde in dieser Angelegenheit eine sehr energische Mitteilung gemacht. Außerdem beschloßen die Alliierten, die Kontrollkommission weder abzurufen noch eine Änderung im dem System der militärischen Kontrolle vorzunehmen. Die Verhandlungen über ihre Ersetzung durch eine kleine Garantiekommision wurden vorläufig unterbrochen.

Die russische Blutjule.

Moskau, 28. November. Vor dem Revolutionstribunal begann die Verhandlung gegen 118 Personen, welche der Auslieferung von Kirchenkleinodien Widerstand entgegengesetzt hatten. — Vom Petersburger Revolutionstribunal wurden die Sozialrevolutionäre Estrin und Michajlov wegen ihrer Beziehungen zu ausländischen Gegenrevolutionären zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Das Halentkrenz in Innsbruck.

Innsbruck, 29. November. (A. V.) Die katholisch-deutschen und die deutschen nationalen Studenten der hiesigen Universität werden einen geschlossenen Zug durch die Stadt veranstalten, um für die Forderung einer zahlenmäßigen Beschränkung der jüdischen Univeritätsprofessoren und der jüdischen Studenten zu demonstrieren. Dem Rektorat soll eine Denkschrift überreicht werden.

Copyright 1922 by Der Mollat-Verlag, Berlin-Görlitz.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (25)

Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

Und dies war noch nicht alles. Während wir einem Tisch zuströbten, wandte sich Zimmermann an den Filmkönig, sprach ohne die geringste Spur von Verlegenheit: „Sie wissen ja, Herr T. S., daß ich kein Geld habe, aber wir müssen hier bezahlen.“

„Natürlich,“ entgegnete T. S. rasch. „Ich werde zahlen.“

„Danke.“ Und Zimmermann wandte sich an einen der Gewerkschaftsbeamten, den er am Morgen kennengelernt hatte. Er stellte uns alle vor und sagte: „Herr T. S. ist ein Filmfabrikant; er möchte gern hier Mittag essen, wenn ihr es gestattet.“

„Gewiß,“ entgegnete der Beamte freundlich. „Er wird das Essen zahlen. Hat tausend Dollars dafür mitgebracht.“

T. S. fuhr zusammen, als habe er einen Schlag erhalten, und auch der Beamte fuhr zusammen, rief: „Wie?“

„Er wird tausend Dollars zahlen,“ wiederholte Zimmermann. „Sie können es den Leuten hier sagen, wenn Sie wollen.“

„Mein Gott, nein!“ rief T. S. wild. „Aber der Beamte beachtete ihn gar nicht. Er streckte die Hände hoch, schrie: „Jungens! Jungens! Hier ist Herr T. S., der Filmfabrikant, er will mit uns Mittagessen und dafür tausend Dollars zahlen.“

Einen Augenblick herrschte verblüfftes Schweigen. Dann brauste ein wilder Lärm auf, die Leute schnellten von ihren Sihen, jubelten.

Der arme T. S. stand verzagt da, genoh die Ovation nicht im geringsten.

„Geben Sie das Geld,“ flüsterte Zimmermann, und der Filmkönig, dem nichts anderes übrigblieb, reichte den Stoß Banknoten dem Beamten, der auf einen Stuhl sprang und den Leuten das Wunder zeigte. „Tausend Dollars! Tausend Dollars!“ Er zahlte sie vor den Augen der anderen, brüllte noch lauter: „Tausend Dollars!“

Zimmermann, gefolgt von T. S., dem Sekretär und mir, schritt die Tische entlang, schüttelte vielen der Sitzenden die Hand, andere klopfen ihm auf die Schulter. Auch T. S. schüttelte Hände und wurde auf die Schulter geklopft. Wir setzten uns und doppelte Portionen wurden vor uns hingestellt, als wollte man dem armen Filmkönig alles noch mehr erschweren. Ich beobachtete ihn verstohlen; er genoh diese Mahlzeit ebenso sehr, wie Zimmermann gestern die seine im Prinz-Restaurant genossen hatte.

Doch war er ein guter Spieler und ließ keine Träne in seine Suppe fallen, und Zimmermann ah mit ehrlichem Appetit, denn er hatte noch nicht gefrühstückt. Die Streiter aßen, als hätten sie weder gefrühstückt noch zu Abend gegessen, sie lachten, plauderten, scherzten mit uns — man hätte glauben können, sie feiern ihren Sieg, der Streit sei gewonnen, alle ihre Sorgen seien zu Ende. Plötzlich bemerkte ich an der Tür zwei gutgekleidete junge Männer. Ich lachte, sah vor mir neue Aufschriften in der Zeitung:

„GOTTES PROPHET VERANLASST FILMKÖNIG, TAUSEND DOLLARS FUER EIN MITTAGESSEN ZU ZAHLEN.“

Doch wachte ich genau, T. S. habe noch nie tausend Dollars gezahlt, ohne etwas dafür zu erhalten, und deshalb wunderte ich mich auch nicht, da er, nachdem er das Essen hinabgewürgt

hatte, sich an seinen Gastgeber wandte und, seiner Umgebung nicht achtend, sagte: „So, Herr Zimmermann, unterschreiben Sie jetzt den Kontrakt?“

Zimmermann hatte seinen Streich genossen, nun erwiderte er ernst: „Sie müssen mich recht verstehen, Herr T. S.; Sie können mit mir keinen Kontrakt machen.“

„Weshalb nicht?“

„Unterschreiben ich ihn, Sie würden es bereits in einer Woche bedauern, mich bitten, ihn zu lösen.“

„Weshalb, Herr Zimmermann?“

„Weil ich Dinge vor habe, die mich in geschäftlicher Beziehung für Sie unmöglich machen werden.“

„Das kann nicht wahr sein, Herr Zimmermann.“

„Es ist wahr; Sie werden es bald selbst einsehen. Schon in einem Tage werden Sie sich schämen, weil Sie mich überhaupt gekannt haben.“

T. S. blickte auf den Sprechenden, wuchte nicht, ob es sich um eine schredliche Wahrheit oder um eine höfliche Ausflucht handle. „Herr Zimmermann,“ rief er, „wenn die ganze Welt Sie verläßt, ich werde Sie nicht verlassen!“

Zimmermann aber sprach: „Ich sage dir, ehe der Hahn wiederum kräht, wirst du dreimal gelegnet haben, daß du mich kennst.“ Und ohne die Antwort des verblüfften T. S. abzuwarten, wandte er sich seinem anderen Nachbar zu.

Der Filmkönig verharrete eine Weile stumm, anscheinend erschrocken. Schließlich wandte er sich an mich, fragend: „Was glauben Sie, Billy, daß er damit sagen wollte?“

„Ich glaube, er meinte, Sie werden Peters Rolle spielen!“

„Peter? Peter Pan?“

„Rein, St. Peter, der seinen Herrn verleugnet hat.“

„Sie wissen ja,“ erwiderte T. S. geduldig, „daß ich kein Literat bin.“

„Ich werde Ihnen einmal die Geschichte erzählen,“ bemerkte ich. „Werkwürdig, wenn er recht hat, so werden Sie der erste Papst werden, vor dem goldenen Tor sitzen, die Schlüssel des Himmelreichs in der Hand.“

„Mein Gott!“ rief T. S.

„Außerdem haben Sie eben einen Rekord gemacht, haben am gleichen Tage Satan und St. Peter gespielt. Das nenne ich wirklich eine Doppelrolle!“

Als ich ins Gewerkschaftshaus zurückkehrte, erfuhr ich, daß am Abend eine Massenversammlung der Streikenden stattfinden sollte. Sie war schon vor einigen Tagen geplant worden, sollte nun als Protest gegen die Brutalität der Polizei und die Willkür der Regierung dienen. Eine billige Nachmittagszeitung, die mit dem Proletariat kooperierte, brachte einen Aufruf, von einer Anzahl Führer unterschrieben, die Larmachen, man dürfe sich nicht länger der Rosafenherrschaft beugen.

Es stellte sich heraus, daß die Führer Zimmermann auffordern wollten, am Abend zu sprechen. Zwei von ihnen traten an mich heran; ich hätte diesen Mann reden gehört, ob ich glaube, daß er die Zuhörer zu fesseln vermöchte? Ich bejahte dies; er sei voller Ernst und Würde, werde ihnen Ehre machen. Sie fürchteten, die Zeitungen würden ihn als Narren hinstellen, aber ihre Versammlung wird ohnehin in den Zeitungen schlecht wegkommen. Einer der Gewerkschaftsführer fragte mich, ob Zimmermann sehr „extrem“ sei? Es fälle ihnen auch so schon schwer genug, die Roten zu bändigen, und die Unternehmer machten es immer noch schwerer (Fortsetzung folgt.)



### Jahliche Geschichten.

#### Das bewirtete Kleid.

Ein Gefehter kam in eine Stadt und hörte, daß in ihr ein Mann wohnte, welcher sehr freigebig sei und die Reisenden bewirte.

Der Gefehter begab sich zu ihm in seinem alten, schmutzigen Kleid, fand aber bei ihm keinerlei Beachtung; ja, der Hausherr lud ihn nicht einmal ein, Platz zu nehmen.

Da schämte sich der Gefehter und entfernte sich wieder. Am nächsten Tage aber ließ er sich gegen Bezahlung ein reines Gewand, kleidete sich darin und ging wieder zu jenem Manne. Diesmal nahm ihn der Hausherr höflich auf, bot ihm einen Sitz neben dem seinen und ließ ihm köstliche Speisen bringen.

Als sich der Gefehter zum Mahle gesetzt hatte, begann er einzelne Bissen auf sein Gewand zu legen. Da fragte ihn der Hausherr: „Warum tust du das?“

Der Gefehter antwortet: „Seitern kam ich hierher in einem alten Gewand und erhielt keinen Bissen zu essen; heute dagegen trage ich ein gutes Gewand, und darum glaube ich, daß diese Speise für mein Gewand und nicht für mich ist.“

Da schämte sich der Gastgeber und bat ihn um Verzeihung.

#### Der unentwegte Dichter.

Ein Dichter machte auf einen Großen ein Lobgedicht, bekam aber von ihm keinerlei Belohnung dafür. Da machte er auf ihn ein Spottgedicht; aber der Große sagte darüber kein Wort zu ihm.

Am nächsten Tage begab sich der Dichter an das Portal jenes Großen und setzte sich darin nieder. Da sagte der Große zu ihm: „Du hast ein Lobgedicht auf mich gemacht, verehrter Dichter, und ich habe dir nichts dafür gegeben; du hast ein Spottgedicht auf mich gemacht, und ich habe kein Wort darüber an dich verloren: warum hast du dich jetzt hierhergesetzt?“

Da sagte der Dichter: „Neht warte ich hier, bis du stirbst, und dann dichte ich auf dich die Totenklage.“

#### Die Gelsklast.

Eines Tages ging der König mit seinem Sohn auf die Jagd, und als die Luft sich erhitzte, legten beide ihre Mäntel dem Narren auf die Schulter. Der König lachte und sprach: „Ei Narr, da hast du ja eine Gelsklast zu tragen!“

„Sogar zweier Gels Lasten!“, sagte der Narr.

#### Falle und Hahn.

Eines Tages sagte ein Falk zum Hahn: „Du bist doch ein sehr ungetreues Tier. Die Menschen ernähren dich und bauen dir ein Haus; sobald sie dich aber anfassen wollen, läufst du davon. Warum? Ich bin doch ein Vogel des wilden Waldes; aber wenn ich ein paar Tage lang von der Hand der Menschen mein Mahl entgegengenommen, so fliege ich stets für sie auf die Jagd, und wie weit ich mich auch entferne, so bald ich gerufen werde, komme ich zurück.“

Der Hahn gab ihm zur Antwort: „Hast du schon einmal einen Falken auf einem Bratpfisch gesehen? Ich dagegen habe schon viele Hähne auf dem Spieß gebraut und viele auf dem Feuer gebraten gesehen. Du würdest machen, daß du davon kämst, so weit du könntest, wenn du einen Falken auf dem Bratpfisch sähest.“

Da war dem Falken die Antwort benommen.

#### Der Arzt verhält sich Haupt.

Es war einmal ein Arzt, der, so oft er an oen Friedhof kam, allemal seinen Mantel über sein Gesicht zog. Die Leute fragten, warum er das täte. Da sagte er: „Ich schäme mich vor den Leichen, die auf diesem Friedhof liegen, weil sie an meinen Heilmitteln verschieden sind.“

#### Der Tyrann und sein Untertan.

Eines Tages ging ein grausamer König allein zur Stadt hinaus und sah einen Mann unter einem Baume sitzen. Er fragte ihn: „Wie ist denn der Herrscher dieses Reiches? Ist er grausam, oder ist er gerecht?“ Der Mann sagte: „Er ist sehr grausam.“ Der König sagte: „Kennst du mich?“ Das verneinte der andere. Da sagte der König: „Ich bin der Sultan dieses Reiches.“

Da erschrak der Mann und fragte: „Weißt du, wer ich bin?“ „Nein“, sagte der König. Der Mann aber sprach: „Ich bin der Sohn des und des Kaufmanns. Jeden Monat bin ich drei Tage lang verrückt. Heute ist einer von den drei Tagen.“

Da mußte der König lachen und sagte kein Wort mehr zu ihm.

### Tages-Neuigkeiten.

Der Saazer Schmutz-Journalist Ludwig Wolf öffentlich gezüchtigt. Seit einem Jahr erscheint in Saaz als deutsch geschriebenes Regierungsblatt die „Deutsche Abendzeitung“, deren Chefredakteur ein gewisser Ludwig Wolf ist. Die schmutzige Haltung dieser Zeitung und ihrer verschiedenen Kopffblätter „Deutsche Morgenzeitung“, „Komotauer Tagblatt“ und „Karlsbader Tagespost“ ist wiederholt Gegenstand heftigster Angriffe seitens der anständigen Presse gewesen und die Revolverjournalistik, die dieser berüchtigte Chefredakteur Ludwig Wolf betreibt, indem er auch vor den gehässigten persönlichen Verunglimpfungen und Verleumdungen seiner Gegner nicht zurückfährt, ist in Deutschböhmen die Ursache des heftigsten Unwillens aller Kreise der deutschen Bevölkerung gegen den genannten Ehrenmann. In der letzten

Zeit hat dieser Wolf die persönliche Ehre eines Genossen in unerhörter Weise in den Rot gezerrt. So behauptete er kürzlich in einem Auffatz der „Deutschen Abendzeitung“, daß die Tochter unseres Genossen Ditolf, der Direktor der Komotauer Bezirkskrankenanstalt und Mitglied des dortigen Stadtrates ist, sich in einem dortigen Bordell als Kellnerin befinde. In ähnlicher Weise wurden unsere Saazer Genossen Schimel, Biskala und Horner in diesem Revolverblatt in der gemeinsten Weise beleidigt. Diese Tatsache veranlaßte die zuletzt genannten Genossen, es nicht mehr bei einer Preßklage bewenden zu lassen, sondern den Schädling Wolf von Angesicht zu Angesicht zur Rede zu stellen. Sie begaben sich am Abend des letzten Samstag in den Speisesaal des Saazer Hotels „Engel“ und Genosse Schimel stellte an den dort anwesenden Wolf die Frage, ob er ihn kenne. Dieser schrie „Natürlich“ und zog, noch ehe die Genossen ihn weiter hätten zur Rede stellen können, einen Revolver aus der Tasche, der er scheinbar gegen sie richtete. Die drei Genossen drückten den Wolf an die Wand und Biskala zwang ihn, den Browning fallen zu lassen. Dann prügelten sie den ehrenwerten Herrn windelweid. Von den übrigen anwesenden Gästen griff nicht einer während dieses Aktes der Züchtigung ein, — ein Beweis, welcher Sympathie sich dieser Mensch bei allen anständigen Menschen erfreut. Die drei Genossen erklärten dann bei der Polizei die Selbstanzeige und deponierten gleichzeitig den Revolver, der mit sechs scharfen Patronen geladen war. Ein Projektil befand sich bereits im Laderaum. Die Genossen Schimel, Biskala und Horner gaben in einer Saazer Zeitung die Erklärung ab, daß sie es keineswegs bedauern, den Wolf öffentlich gezüchtigt zu haben. Sie warnen die Redakteure der „Deutschen Abendzeitung“, in Zukunft bei der Schreibweise zu verharren, die dort Brauch ist. Es ist klar, daß diese Angelegenheit ein gerichtliches Nachspiel haben wird. Hoffentlich wird dieses das Ergebnis zeitigen, daß Wolf, der durch diese letzte und alle früheren Affären sich ohnehin schon unmöglich gemacht hat, künftighin anständigen Menschen nicht mehr unter die Augen tritt. Es ist ganz klar, daß man es hier mit einem gemeingefährlichen Individuum zu tun hat, das sich vor den wahrscheinlich gefürchteten Prügel durch jederzeitige Schühbereite Revolver zu schützen sucht.

Die Teplicher Bürgermeisterei beigelegt. Aus Teplic Schönowa wird uns unter dem 29. November telephoniert: Der zurückgetretene Bürgermeister Dr. W a t h e r hat dem Vizebürgermeister Genossen K r e m s e r in einer Aufschrift mitgeteilt, daß er seine Demission zurückzieht. In dieser Aufschrift, die heute in der Stadtvertretungsversammlung verlesen wurde, sagt Dr. W a t h e r, er sehe sich vor allem durch sein Verantwortungsbewußtsein veranlaßt, seine Demission zurückzuziehen. Außerdem sagt er: „Durch parteipolitische Verhältnisse wurde ich veranlaßt, auf mein Amt als Bürgermeister zu verzichten. Seit 1908 als Stadtrat, seit 1918 als Bürgermeister mitten im kommunalen Leben unserer Stadtgemeinde stehend, war es stets meine Sorge, den nationalen Charakter unseres Gemeinbewusstseins zu wahren. Wenn auch an meinem Vorgehen in der bekannten Beslagungsfrage Kritik geübt worden ist, so hat die Bevölkerung unserer Stadt die schwierigen Verhältnisse, die sich nicht zuletzt aus der Zusammenfassung der Stadtvertretung ergaben, gewürdigt und mein Vorgehen begreiflich gefunden. Es hat sowohl meine eigene Partei als auch die christlich-sozialistische Partei, die deutsch-demokratische Freiheitspartei und die nationalsozialistische Partei in offizieller Form an mich das Ertrinken gerichtet, meinen Amtsverzicht zu widerrufen und mich ihres vollen Vertrauens versichert.“ Das ist eine deutliche Abgabe des deutschen Bürgerturns an die Politik Lodzmans, der den Bürgermeister stürzte. Hoffentlich kommt die Ablehnung auch bald in der großen Politik.

Von einer Standalassäre, die einfach unerhört ist, wenn sie auf Wahrheit beruht, berichten die „Libere Revue“. Der Sachverhalt ist folgender: Das Ministerium für Nationalverteidigung hat im Herbst 1919 und im Februar 1920 militärische Vorräte der amerikanischen Armee, welche nach dem Kriege in Frankreich lagerten, für die tschechoslowakische Armee angekauft. Die Waren wurden von Antwerpen und Koblenz nach Brünn transportiert. Den Transport übernahm die Berliner Firma „Transatlantische“, welche wieder den Transport an die Speditionsfirma Brasch u. N. tenstein weitergab. Ab Laube übernahm den Transport die Firma K o s t a u. Co., deren Chef ein gewisser Bergmann ist. Dieser Bergmann hat die Transportversicherung so raffiniert berechnet und die Unerfahrenheit des Referenten W a c h a c des Ministeriums für Nationalverteidigung in der Weise ausgenützt, daß das Ministerium um 1.363.229 Kč geprellt wurde. Ebenso hat das Ministerium der Firma Brasch u. N. tenstein um 467.425 Mk., der Firma N i n d l e r u n d W e r n d i e n in Koblenz eine halbe Million Mark und der Praga-Bank um 150.000 Kč zuziel gezahlt. Die Gesamtsumme, die das Ministerium für Nationalverteidigung zuviel gezahlt hat, belief sich nach dem Bericht des Blattes auf 2.502.182 Kč. Als nun die Staatsanwaltschaft gegen Bergmann die Anklage erheben wollte, kam es nicht dazu, weil der agrarische Abgeordnete Dr. Czerny, der Schwiegervater des Ministerpräsidenten S v e h l a, beim Justizministerium diesbezüglich intervenierte. Sowohl die beteiligten Ministerien als auch das Abgeordnetenhaus hätten die Pflicht, in diese dunkle Angelegenheit Klarheit zu bringen, weil hier anscheinend in unverantwortlicher Weise mit den Steuergebern umgegangen wird.

Minister Udrzal über die Drücker Spionageaffäre. In der gestrigen Sitzung des Abgeord-

netenhauses beantwortete der Minister für nationale Verteidigung die Anfrage des Abgeordneten Genossen J o l l über die Drücker Spionageaffäre. Ein ungarischer Legationsrat hat die Dokumente erhalten, die der Leutnant K o w a l o s k y unter Vermittlung des Studenten Schwabe dem Abgeordneten Baeran zukommen ließ. Ein genaues Bild wird erst die Gerichtsverhandlung ergeben. Vom Kapitän W u r m wurde festgestellt, daß er dem Abgeordneten Baeran durch Vermittlung einer dritten Person einen vertraulichen Erlaß zukommen ließ. Ebenso habe Kapitän W o l f einem Agenten einen vertraulichen Erlaß übergeben. Der Invalide B i s k a l a hat wieder an Polen Berichte weitergegeben. Es hat schon früher eine Reihe Spionageaffären gegeben. Ueberall war E i g e n n u t z das treibende Moment. In allen Armeen kommen solche Dinge vor und man kann keine bestimmte Nation beschuldigen. Die deutschen Offiziere dienen dem Staate loyal und werden sich zu einem Verrat nicht hergeben. — Der Minister gab ferner eine ausführliche Darstellung der Sandgranatexplosion in M ä h r i s c h - W e i t z i c h e n. Nach dieser Darstellung sollen die betroffenen Zöglinge an der Explosion selbst schuld sein. Aber der Minister mußte zugeben, daß die vorhandenen Granaten und ihre Unterbringung den Vorschriften widersprechen. Er gab bekannt, daß Vorkehrungen getroffen wurden, um die Wiederholung eines solchen Unglücks unmöglich zu machen.

Das Prügelpatent. Bei den Schuleinschreibungen in Freistadt, an deren Durchführung man sich ja nach alledem, was man über die Schuleinschreibungen in Schlesien gehört hat, eine ungenügende Vorstellung machen kann, war auch Genosse K o w a l i k anwesend, der während der Pause mit einigen Mitgliedern der Kommission ins Gespräch kam. Als ihm der Gemeindefunktionär Besprechungen erteilen wollte und sich Genosse K o w a l i k dies verbat, verlangte der Funktionär plötzlich von der Bezirkshauptmannschaft Schutz seiner Person. Das Resultat war, daß Genosse K o w a l i k wegen seiner „Tat“, deren Strafbarkeit uns unerfindlich ist, auf Grund des Präjudizents zu 48 Stunden Arrest verurteilt wurde. Nicht genug damit, wurde dieselbe Angelegenheit auch beim Bezirksgericht Freistadt anhängig gemacht, von welchem K o w a l i k nochmals zu 48 Stunden Arrest verurteilt wurde.

Der Streit der Pechner Schauspieler dauert an. Der Streit der Schauspieler dauert mit unverminderter Schärfe an. Die Bühnenleiter verlangen zuerst Wiederaufnahme des Betriebes, während die Schauspieler erst bindende Zusagen verlangen. Die Zahl der Streikbrecher ist gering. Dagegen erhalten die Streikenden viele Sympathiebeweise und auch ausländische Unterstützung. Sie erklären, bis über Weihnachten durchhalten zu können.

Wer trägt die Schuld an der Explosionkatastrophe in Olawan? Wie gemeldet wird, wurde der Schauspieler der fürchtbaren Explosionkatastrophe in Olawan vorgeführt von einer behördlichen Kommission befragt. Es stellte sich heraus, daß die Hauptursache des Unglücks an der mangelhaften Bedienung des Kessels lag. Seine Speiseventile hatten nicht funktioniert und waren — was vermieden werden soll — gesperrt gewesen. Schon daraus allein geht hervor, daß das Unternehmen der Kesselanlage nicht die nötige Sorgfalt gewidmet hat. Eine noch genauere Untersuchung, als bisher erfolgt ist, sollte unseres Erachtens auch der Umstand herbeiführen, daß dasselbe Kesselhaus schon einmal der Schauspieler einer Explosion gewesen ist. — Die Zahl der Opfer hat sich bis Dienstag Nachmittag auf fünf vermehrt: der Arbeiter Karl Schwarz erlag nämlich seinen Verletzungen. Wie berichtet wird, lag auch ein zweiter Schwerverletzter am Dienstag bereits im Sterben. Wer sind begierig, ob die Behörde es bei der bisher stattgehabten Untersuchung bewenden lassen oder, was dringend notwendig wäre, die Schuldtragenden an dem fürchterlichen Tode von sechs Arbeitern werden festgestellt und zur Verantwortung gezogen werden.

Arbeiterkilianierungen und Androhungungen in Rumänien. Die sozialistische Presse Rumaniens veröffentlichte fast Tag für Tag Berichte, die zeigen, daß man die Arbeiter in diesem Mutterlande der Reaktion geradezu als anherab des Gesetzes stehend betrachtet. So wird gemeldet, daß in einer Großwerdeiner Fabrik ein Arbeiter verhaftet wurde, weil er seine Arbeitskollegen aufgefordert hatte, sich in der Gewerkschaft zu vereinigen. Als die Arbeiter der Fabrik daraufhin in den Streik traten, erschien die Polizei im Arbeiterheim und verhaftete alle jene Arbeiter, welche ihre Gewerkschaftslegitimation nicht vorweisen konnten. Die Verhafteten wurden sodann im Polizeigebäude verprügelt. Erst die kolossale Erregung, die daraufhin die Großwerdeiner Arbeitererschaft ergriff, bewirkte die Freilassung der Verhafteten durch den Präfekten, welcher erklärte, daß die Arbeiter ein Recht hätten, sich zu organisieren und daß er die schuldigen Polizeioffiziere bestrafen wolle. Ebenso sehr wie dieser Gewerkschaftsverleugung und Brutalität sind in Rumänien auch nach wie vor die Arbeiterausweisungen noch immer an der Tagesordnung. — Aus Klausenburg wird berichtet, daß dort plötzlich massenhaft ausländische Arbeiter ausgewiesen werden, die innerhalb 24 Stunden das Land verlassen müssen. Die Deputationen der Arbeitererschaft bei den Behörden um Neuregelung der Ausweisungsvorschriften hatten bisher keinen Erfolg. Für die völlige Schutzlosigkeit der Arbeitererschaft liefert die Tatsache den besten Beweis, daß dieser Tage der Landesgewerkschaftssekretär Genosse D a m i a n lediglich wegen eines Streiks in Klausenburg verhaftet und nach Bukarest geschleppt wurde.

„Goldene Jugend“. Unter dem Verdachte, an dem Ueberfall auf den Innsbrucker Genossen Dr. G r u e n e r beteiligt gewesen zu sein, wurde als fünfter der Hochschüler Manfred Schuller, ein Sohn des Direktors der Universität Innsbruck, verhaftet.

Die Fleischpreise in Prag amtlich festgesetzt. Das Ernährungsministerium hat sich zu einer sehr notwendigen Maßnahme entschlossen, welche die unangenehm hohen Preise des Fleisches im Prager Detailverkauf regulieren soll. Das Ministerium beauftragte nämlich den Prager Magistrat, die Fleischdetailpreise jeden Dienstag kundzumachen, die je nach Qualität, Sorte und Herkunft von nun an gegenüber den Fleischpreisen auf dem Prager Markte nur eine Spannung von 1.50 Kronen bei einem Kilogramm aufweisen dürfen. Diese Preise werden nunmehr als unüberschreitbare Detailpreise kundgemacht. Ein Ueberschreiten dieser Grenze soll rückwärts verfolgt werden. Die Preise müssen nunmehr in den Fleischläden an jedem Dienstag morgen ersichtlich gemacht werden.

Ein Knabe von einem Homosexuellen ermordet. In Pilsen wurde Dienstag vormittags der 14jährige Karl M a s e l in seiner Wohnung in seinem Bute aufgefunden. Bald nach seiner Ueberführung ins Krankenhaus starb er, sein Leichnam wies 13 Stichwunden auf. Der Verdacht, die Tat begangen zu haben, lenkte sich gegen den 28 Jahre alten Schneidergesellen Anton Teichner, der verhaftet wurde und ein teilweises Geständnis ablegte. Teichner ist homosexuell veranlagt und unterhielt jedenfalls mit M a s e l unehrliche Beziehungen. Er hatte am Dienstag sein Opfer in dessen Wohnung aufgesucht und ihm Vorwürfe gemacht, daß er das Verhältnis zu ihm nicht geheim gehalten hätte. Im Verlauf der Auseinandersetzungen, die sich zwischen den beiden entwickelten, führte Teichner mit einem Messer mehrere Stiche und dann mit einem Messer einen tödlichen Stich gegen den Kopf seines Opfers.

Ueberfall auf ein Postauto. Das von Soradbiowit nach Klattau fahrende Postauto wurde in der Nähe von Soradbiowit von drei bisher noch unbekanntem Straßenräubern überfallen, die auf das ebenslangsam fahrende Auto sprangen und den Chauffeur C a d e l und einen Passagier, einen Soradbiowitzer Viehhändler, übermächtig wollten. Die beiden setzten sich jedoch zur Wehr und als ein Räuber niedergeschlagen wurde, entflohen die übrigen in den nahen Wald. Der Chauffeur fuhr sofort nach Soradbiowit zurück und verständigte die Gendarmerie, die die Verfolgung der Räuber aufnahm.

### Kleine Chronik.

Menschenverluste durch wilde Tiere in Indien. Nach den in Britisch-Indien aufgestellten Statistiken betrug die Sterblichkeit infolge von Angriffen wilder Tiere während des Jahres 1921 3300 gegen 3380 im vorhergehenden Jahre. Die Ziffer weist also eine außerordentliche Stetigkeit auf. Die Mehrzahl der Fälle ist Tigern zur Last zu legen, nämlich 1454; auf Leoparden treffen 560, auf Wölfe 550, auf Bären 60, auf Elefanten 70 und auf Schlangen 10. Die Todesfälle durch Schlangenbisse sind in diesen Zahlen noch nicht eingeschlossen. Ihre Ziffer ist, wenn sie auch vom Jahre 1920 zum Folgejahr gefallen ist, immer noch außerordentlich groß; sie betrug 1921 10.300 gegen 20.043 im Vorjahre.

### Gerichtssaal.

#### Das Finanzgenie Wenzel Chabina.

Prag, 29. November. Wenzel Chabina, Sollicitator beim Dr. Liebig in Belbarn, ist ohne Zweifel ein Finanzgenie. Chabina wäre vielleicht ein berühmter Mann geworden, wenn ihn eben sein böses Schicksal nicht nach Belbarn verschlagen hätte; in diesem kleinen Städtchen wurde er zum Betrüger und Verbrecher. Wenzel Chabina hat eine sehr traurige Lebensgeschichte. Chabinas Eltern waren arm, die Tuberkulose wütete in der Familie. Chabina drückte sich schlecht und redt durch die Studienjahre, immer ein halbverwahrloster Jüngling. Und als er endlich Sollicitator geworden war, da wollte er sich ein eigenes — sein — Leben einrichten. Chabina bekam bei Dr. Liebig alle wichtigen Bücher in die Hand, in seinem Kopfe rumorte es bald von Zahlen. Die Zahlen nahmen feste Formen an, Chabina entdeckte sein Finanzgenie und — begann zu arbeiten. Zuerst verbesserte er Grundbuchauszüge, stellte falsche Bestätigungen aus, kurzum, Chabina tat nichts anderes, als ein Geschäftsmann, der seine Waren mit 50prozentiger Preiderhöhung anbietet, nachdem er vorher rasch den doppelten Betrag des früheren Preises als Preisgrundlage genommen hatte. Da Chabina die ersten „Geschäfte“ gelangen, wurde er wohlhablicher. Er gab eigene „Schahscheine“ heraus. Ein gewisser K a s l o b e c unterschrieb sie ihm mit und — Dumme fanden sich genug, die sie ihm abkauften. Um nun in seinen weiteren Plänen nicht geföhrt zu werden, zahlte Chabina prompt die Zinsen auf die „Schahscheine“ aus. An die Rückzahlung dachte er nicht. Das sollte ihm jedoch zum Verhängnis werden. Denn er hatte ganz und gar vergessen, daß Schahscheine nur dann nicht ausgezahlt zu werden pflegen, wenn auf ihnen die Unterschrift eines wirklichen Finanzministers steht, aber nicht die des Sollicitators von Belbarn. Chabina schädigte Personen um Beträge bis zu 45.000 K. Unter anderem ließ er sich von Frauen, die er im Auge traf, Unterschriften auf Wechsel geben und zahlte ihnen dafür fünf Kronen. Die Wechsel verkaufte er an — Dumme. — Deute stand das Belbarn Finanzgenie vor dem Richter. Chabina wußte sich bei der Verhandlung in Szene zu setzen und redete immer sehr viel von Finanzoperationen herum, die er nach berühmten staatsmännischen Vorbildern hatte vornehmen wollen, die ihm aber vom Straßensat unter Vorhug des DOKA. Plouzet sieben Monate eintrugen.



# Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

## Kommunistische Verleumdungen der Union der Textilarbeiter.

Die kommunistischen Vertrauensleute erzählen ihren Mitgliedern in den Betrieben, daß die Union der Textilarbeiter nur bis um 1. Dezember 1922 in der Lage ist, die Arbeitslosenunterstützung ausbezahlen. Weiters wird erzählt, daß bereits die Reserven der Union erschöpft sind und daß die Union gezwungen war, eine halbe Million Kronen bei der Reichsberger Arbeiterbühnen aufzunehmen. Dieser ganze Verleumdungsfeldzug, der aus einer bestimmten Quelle stammt, dürfte den einen Zweck haben, die Mitglieder der kommunistischen Organisation aufzuräumen in der Arbeitslosenunterstützung vorzubereiten und die Union in Mißkredit zu bringen. Tatsächlich besteht in der kommunistischen Textilarbeitersektion unter den Mitgliedern eine ungeheure Unzufriedenheit, sehr viele kommen zur Einsicht und wollen zur Union zurückkehren. Viele sind von den Lehren des Kommunismus abgelehnt, lehnen zur Union der Textilarbeiter zurück und melden sich zur Wiederaufnahme in die Union. Damit dieser Bewegung einigermassen Einhalt getan wird, greifen die Kommunisten zu Verleumdungen und erklären, daß die Union kein Geld mehr besitze und ab 1. Dezember i. J. keine weiteren Unterstützungen ausbezahlen könne. Wir können hier feststellen, daß dies zwar nicht bei der Union, wohl aber bei den kommunistischen Organisationen der Fall sein dürfte, nachdem diese ihren Mitgliedern erklären, daß sie ihnen zwar die Unterstützung auszahlen wollen, aber an ihr kommunistisches Gewissen appellieren und sagen, daß sie die Unterstützung nicht bezahlen sollen, falls sie dieselbe nicht notwendig brauchen. Sie begründen dies damit, daß sie zuerst an die Bedürfnisse der Unterstützung auszahlen müssen. Was eigentlich die kommunistischen Führer für einen Begriff über die Bedürfnisse der Textilarbeiter haben mögen, mag verstehen wer will.

Bei der heutigen Arbeitslosigkeit ist jeder Textilarbeiter bedürftig — und eine ernste Organisation würde sich derartige Fragen gar nicht zu stellen erlauben. Statutenmäßig haben die Mitglieder ihre Rechte erworben und sollen sie bekommen. Wir wollen uns natürlich nicht in die internen Angelegenheiten der Kommunisten hineinmischen, müssen jedoch feststellen, daß die Verleumdungen über die Union, die in allen Gebieten ausgebreitet werden, aus der Luft gegriffen sind, weil die Union der Textilarbeiter gar nicht daran denkt, irgend eine Mäßigung der Arbeitslosenunterstützung vorzunehmen, sondern weil der Vorstand der Union auf dem Standpunkte steht, daß im Falle der Arbeitslosigkeit jedes Mitglied auf Grund seiner erworbenen Rechte unterstützt werden muß. Zur Verhütung der Mitglieder der Union sei festgesetzt, daß die Arbeitslosenunterstützung bisher und auch noch weiter von dem laufenden Unionvermögen ausgezahlt werden konnte, ohne den Reservefond anzugreifen zu müssen. Die Kommunisten werden auch durch die Verleumdungen die Stimmung unter der Arbeiterschaft nicht ändern, sondern diejenigen, die zur Union zurückkehren wollen, werden ihren Weg bestimmt früher oder später finden.

**Erfolgreicher Abschluß des Forstarbeiterstreiks in St. Odhymen.** Bei der am 24. November i. J. stattgefundenen Lohnverhandlungen mit den vier Schwarzenbergischen Forstdirektionen Kruman, Oberplan, Winterberg und Langendorf wurde eine Einigung erzielt, und zwar wurde eine fünfprozentige Lohnreduzierung beschlossen. Die Direktionen diskutierten mit 1. Oktober eine 20prozentige Lohnreduzierung und erklärten den Arbeitern, wer unter diesen Bedingungen arbeiten wolle, könne arbeiten, wer nicht einverstanden sei, gelte als entlassen. Gleichzeitig verständigten die Forstdirektionen die politischen Bezirksverwaltungen, daß diese ja keine Arbeitslosenunterstützung solchen Arbeitern bewilligen sollten. Dieser Sorge hätten sich die Herren entheben können, da der tschechoslowakische Staat ja ohnehin nicht jenseit Verständnis besitzt und den arbeitslosen Forstarbeitern so wie so keine Unterstützung bezahlt. Da durch Verhandlungen kein Resultat zu erzielen war, traten anfangs November die Forstarbeiter in den Streik. Der dreiwöchige Streik brachte nun den Forstarbeitern einen schönen Erfolg und dieser ist besonders hervorzuheben, da die Zeit für diesen Streik nicht besonders günstig war. Es ist seit dem Ansturz der zweite größere Streik im Bohmerwalde, welcher von unserem Verbands der Land- und Forstarbeiter mit Erfolg abgeschlossen wurde. Eine klägliche Rolle spielte bei diesem Streik der kommunistische Land- und Forstarbeiterverband. Die Kommunisten, welche trotz aller Anstrengungen dem Duxer Verbands nur eine einzige Zahlstelle entziehen konnten, nahmen diesmal ebenfalls an den Verhandlungen teil. Trotzdem sie immer unter den Forstarbeitern wühlten und darauf hinwiesen, daß der Duxer Verband nicht genug revolutionär für die Forstarbeiter eintrete, mußten wir erleben, daß bei der Verhandlung weder der kommunistische Sekretär, noch der Vertrauensmann nur ein einziges Mal den Mund aufst. Vielleicht ist den Herren bei der Verhandlung der Mut ausgegangen oder ist es vielleicht doch wahr, daß die Herren von Lohnverhandlungen keine Ahnung haben. Ja wenn Herr Max Bierer in der Zeitung oder in einer Versammlung radikal gegen uns aufzutreten kann, da ist es halt viel leichter, aber gegen Schwarzenberg ist es anders. Zu erwähnen ist noch, daß sich Mitglieder des gelben Güterbeamtenverbandes nicht schämten und Streikbrecher-

dienste leisteten. Aber auch ihnen hat es nicht genügt, der Streik erbeute mit einem Erfolg.

**Keine allgemeine Herabsetzung der Eisenbahntarife.** Gestern fand eine Sitzung des Zentral-Eisenbahnrates statt, welche vom Eisenbahnminister mit einem allgemeinen Expofee eingeleitet wurde. Das Wichtigste in seinen Ausführungen war, daß für eine allgemeine lineare Ermäßigung der Tarife nicht die nötigen Voraussetzungen gegeben sind. Angeblich seien unsere Tarife nicht so hoch wie die der Weststaaten. Die tschechoslowakische Eisenbahnverwaltung wird die Tariffähigkeit einer Revision unterziehen und durch Umrechnung von gewissen Warengattungen besonders von Waren für den täglichen Bedarf in niedrigere Klassen dem gegenwärtigen Bedürfnis nach allgemeiner Preisherabsetzung Rechnung tragen. Mit einer allgemeinen Reform des Tarifwesens wird sich das Ministerium befassen. Es werden also die Tarife nicht herabgesetzt, so wenig wie die Kohlenabgabe abgesetzt wird und die Frage wird nur — studiert werden. Dann sage man, daß die Regierung nichts zur Beseitigung der Wirtschaftskrise tue!

**4700 Arbeitslose in Prohnik.** Wie mährische Blätter berichten, gibt es in Prohnik 4700 Arbeitslose, davon in der Metallindustrie 1510, in der Bekleidungsbranche 1249, in der Schuhbranche 552.

**Der Ausfall an Heu und Stroh.** Im landwirtschaftlichen Ausschuss wurde am 29. November die Debatte über das Exposé des Landwirtschaftsministers Dr. Hodza fortgesetzt. Sie brachte zwei agrarische Reden, von denen die des Abgeordneten Dubický durch ihre reaktionäre, arbeiterfeindliche Grundstimmung besonders hervorragt. Redner verlangte u. a. die Wiederherstellung der Agrarzölle, wandte sich gegen den Achtstundentag in der Landwirtschaft, forderte die Arbeitspflicht für die Arbeitslosen und sprach sich gegen die Aufhebung der Dienstbotenbücher aus. Der Minister Dr. Hodza brachte an der Hand von Ziffern den großen Ausfall der Produktion an Heu und Stroh im heurigen Jahr zur Kenntnis und bewirkte, daß zur Behebung der Differenz Staatsmittel bereit gestellt werden müssen. An Futter wurden in Böhmen 1922 weniger geerntet 9.738.000 Meterzentner, an Stroh 3 Millionen Meterzentner, in Mähren an Heu 6.619.000 Meterzentner, an Stroh 2.430.000 Meterzentner, in Schlesien 711.000 Meterzentner Heu, 465.000 Meterzentner Stroh. In der Slowakei

beträgt der Ausfall 2.477.000 Meterzentner Heu und 1.773.000 Meterzentner Stroh, in Karpatenrußland 567.000 Meterzentner Futter und 352.000 Meterzentner Stroh. Den Wert des zentners Heu mit 100 Kronen und des zentners Stroh mit 50 Kronen angenommen, ergibt das einen Verlust von 2400 Millionen Kronen.

### Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schw. Frank	0'16.00
Berlin	Mark	250.87
Wien	Osterr. Kr.	2250.00

### Züricher Schlusskurse.

Berlin	0'06.00	Paris	87'20.00
Wien	0'07.75	Mailand	25'00.00
St. Gallen	16'90	Basel	0'22.50
Zürich	212'80	Genève	7'0'0.
Amst. Port.	5'37.50	Barisau	0'03.00
London	24'35	Wien gest.	0'00.00

### Prager Kurse.

100 holl. Gulden	1250.50	Gold	1254.50
100 Mark	0'31.50	Ware	0'41.50
100 schweiz. Frank.	585.50		380.00
10 Lire	150.25		151.75
100 franz. Francs	217.75		218.25
1 Pfund Sterling	142.00		143.50
1 Dollar	31'40.01		31'80.0
100 holl. Francs	201.25		202.75
100 Dinar	40.25		41.75
100 österr. Kronen	0'04'27.50		0'04'47.75
100 poln. Mark	0'18.50		0'21.50
100 magyar. Kronen	1'30.00		1'40.00

## Kunst und Wissen.

**Vorlesung Rudolf Haas.** Der Dichter der Trieb-Romane, ein gebürtiger Egerländer, erzählte schlicht und anspruchslos die Alpen Sage „Bernhilde“, welche die Entstehung des Gletschers zwischen dem „Klausner“ und dem „Wildweib“ erklärt. Der Stoff ist von der Sage gegeben, die psychologische Motivierung aber und der echt volkstümliche Ton sind eigenes Werk des Dichters. Sie waren es auch, welche die leider wenig zahlreiche Zuhörerschaft von Anfang bis zu Ende in Spannung hielten. Dem Roman: „Auf Lichter Höhe“, dem die Alpen Sage angehört, war auch der Schwank vom dummen

Tschurtschen-Reg und seinem gefehlten Ohren entnommen. Durch seinen naturwüchigen Humor löste er die Spannung der tragischen Nacht Sage wohlthätig und wirksam ab.

**Binzeng Reiser gestorben.** In Dresden ist der bekannte deutschböhmische Komponist Binzeng Reiser, 44 Jahre alt, gestorben.

**Neues Theater.** Heute „Ritter Blaubart“; Freitag (Erstaufführung), „Clarissa halbes Herz“.

**Kleine Bühne.** Heute Verbandsvorstellung „Vatermord“; Samstag und Sonntag Gastspiel Vergon „Clarissa halbes Herz“; Sonntag nachm. „Bauhaus“.

## Turnen und Sport.

**Erleichterungen für Winterportler.** Auf Veranlassung des Deutschen Skiverbands und des Winter-sportverbandes Bohemische hat die Finanzdirektion in Prag zur Erleichterung des Sportverkehrs im Gebirge die Zollbefreiungen ausgewiesen, den Angehörigen dieser Verbände den Grenzübertritt mit Winter-sportgeräten ohne Paß zu gestatten. — Das Eisenbahnministerium bewilligt bis auf Widerruf, daß Sportsleute auf der Fahrt auf den tschechischen Staats- und Lokalbahnen ihre Skier als Reisegepäck gemeinsam in ganzen Wägen befördern, wobei die Gebühren nach dem wirklichen Gewicht berechnet werden. Weiter können Skier und Rodelschritten als Handgepäck in die Personenzüge 3. Klasse der Personenzüge, Skier auch in Personenzügen 3. Klasse der Schnellzüge mitgenommen werden, insofern die übrigen Mitreisenden nicht belästigt werden. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß gemäß den Vorschriften des § 312 des C. B. Reglements Skier und Rodelschritten zur Beförderung als Reisegepäck angenommen werden, wenn sie mit dem dauerhaft befestigten Namen des Sportsmannes, sowie dem Namen der Ausgabe- und Bestimmungsstation versehen sind.

**Prager Wettspiele.** Samstag: Slavia geg. Sparta am Sportplatz; Viktoria Zizkow gegen Ruzselsk. — Sonntag: Spielvereinigung Leipzig gegen TSC. Sp. Prater Králové gegen Slavia, NFA. Brkovic gegen Sparta, Meteor VIII gegen Liben, Sparta Kozice gegen Radlicky, C&FC. gegen Viktoria Zizkow.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: O. Holla.

# PREISVERTEILUNG

## unseres Preisausschreibens.



**I. Preis Kš 1000.— C. Kadlec, Luditz;**  
**II. „ „ 500.— Berta Krafl, Prag-Weinberge;**  
**III. „ „ 250.— Ernst Stöckl, Prag I.;**

**65 Preise à 50 Kš:** Ant. Pospisil, Kuttnerberg; Erich Traub, Brünn; Josef Tatzel, Friedeberg; Rudolf Seeharsch, Brüx; Rudolf Volkert, Reichenberg; Rudolf Spiller, Troppau; Oktavian Měik, Bratislava; Fritz Mölle, Turn-Teplitz; Franz Guba, B. U. B. Saaz; Ludwig Tengler, Pisek; Ad. Hanel, Jägerndorf; Josef Musil, Brünn; Marie Heidrich, Wittkowitz; Heinrich Cinek, Bad Poděbrad; Ad. Krause, Troppau; Jan Srdle, Velké Sarluhy; Jaroslav Lorenz, Naasvad; Josef Diehl, Kladno; Otto Marek, Bratislava; Josef Světlík, Böhm.-Skalitz; Josef Malek, Brünn; Betty Hübl, Kohlitz; b. Karlab.; Stefan Prokšpek, Deutsch-Brod; Hans Palme, Sternberg; Johann Jahn, Sternberg; Joža Hradil, Wittkowitz; Jindř. Tomáš, Tannwald; Rudolf Gärtner, Kohlitz; Jarda Oliva, Prag II.; Fr. Strunc, Chrast b. Pilsen; Josef Wessely, Mirschowitz; Fanny Chudoba, Prag-Weinberge; Fr. Krov, Iglau; Anne Thiele, Bodenbach; M. Vrbenský, Prag-Zižkov; Josef Kapka, Karlshütte; Walter Uman, Reichenberg; F. Sida, Buchsdorf b. Freiwaldau; Vlasta Krátkoruká, Hultschin; Friedl Hecker, Warnsdorf; Vinca Stibai, Nová Ves pod Pleš; Jiří Beran, Čakowitz; Ernst Wollmann, Komotau; Franz Haupt, Stangendorf; Josef Erben, Budweis; Alois Sivek, Mähr.-Osttau; Margit Sonnefeld, Sered n. V.; Fr. Kvasnička, Nitra; Václav Hojer, Humpolec; Frits Polednitschek, Freudenthal; August Burnog, Friedek; Fr. Viktorin, Pisek; Jan Frič, Hochwessely; Gustav Pulletz, Bergreichenstein; Martha Münch, Warnsdorf; Eduard Beran, Prag-Zižkov; Erhard Böhm, Teitschen; Rudolf Paukert, Landskron; Jan Tým, Rokycany; Raudnic, Prag I., Křižovnická; Ant. Petroušek, Nymburg; A. Köstler, Teplitz-Schönanu; Ruda Strbáček, Olmütz; Paul Braun, Eibenberg 177; Elias Braun, Eibenberg b. Grasslitz.

**Palma Kautschuk Ges. m. b. H., Prag.**

1237

### Literatur.

**G. D. Morel:** Das Gift, das zerstört. (Frankfurter Societätsdruckerei G. m. b. H., Frankfurt a. M.) G. D. Morel, der mutige Bekämpfer der Kongogreuel, Abgeordneter der Labour Party, Mitbegründer der U. D. C. (Union für demokratische Kontrolle), hat als erster noch während des Krieges die Ansicht in England bekämpft, daß Deutschland allein für den Krieg verantwortlich sei. Unbestechliche Wahrheitsliebe und die Erkenntnis, daß die Lüge von Versailles ein Unglück für ganz Europa bedeutet, lassen den unermüdblichen Vorkämpfer der Menschlichkeit in seinem Werke nicht rasten. Stein auf Stein trägt er von dem Lügenbau der Entente diplomaten ab und schon hat er viele und einflussreiche Männer seines Vaterlandes überzeugt. Der deutschen Ausgabe seiner beiden Aufsätze „Das Gift, das zerstört“ und „Die Mär von dem deutschen Kriegsanschlag“ schickt er eine Vorrede an die deutschen Leser voraus, in der er das Vorgehen der deutschen Reaktion verdammt, aber auch die Linke davon warnt, aus Parteinteresse die Lügen des Friedensvertrages zu schälen und zum Schaden der gesamten zivilisierten Welt die Schmach der alleinigen Kriegsschuld dem deutschen Volke aufzubürden. Demjenigen, die an die Wiedergeburt des Abendlandes aus dem Geiste des Sozialismus und an die hohe Aufgabe, die dabei der englischen Arbeiterklasse zufällt, glauben, gibt dieses Büchlein recht. Man wird es einmal zu den Signalen einer neuen Gesellschaftsepoke zählen. Fr.

**„CITY“**  
der neueste feinste englische  
**RAGLAN**  
in Taille geschnitten, mit Samtkragen  
von  
**Kš 550.—**  
Die beliebte FACON CITY ist auch als Winterrock erhältlich.  
**STRÁNSKY,**  
Prag, Hybernská.

**Eine wichtige Frage!**  
Hast Du in diesem Monat schon einen neuen Abnehmer für das Zentralorgan „Sozialdemokrat“ gewonnen?

**Ausschreibung.**  
Der Konsum-Verein „Vorwärts“ in Prag bringt hiemit für die Erzeugung eines Verwaltungsgedäudes folgende Arbeiten zur offermäßigen Vergebung:  
Baumeister, Tischler, Eisenbeton, Zimmermann, Steinmetz, Spengler, Dachdecker, Schlosser, Wasserleitungs-Installationen, Heizer u. Kessel, Maler, Anstreicher, Lackierer, Glaser, Plattler u. Klebner, Gabeln-Installationen, Glasermeister, Handwerker-Installationen, Elektrische Licht-Installationen, Ofenheizer, Aufzug u. Aufstiegsarbeiten.  
Pläne und Bedingungen liegen in der Kanzlei des Konsumvereins „Vorwärts“ Dresdnerstraße 25 in der Zeit von 10—12 und von 2—4 Uhr zur Einsichtnahme auf.  
Die Voranschläge sind zum Selbstkostenpreis vorzulegen. Die geschlossenen, mit dem Stempeln der Verwaltungsgedäude N. B. „Vorwärts“ versehenen Offerte sind bis zum 7. Dezember 10 Uhr vormittags in der Kanzlei des Konsumvereins „Vorwärts“ abzugeben.  
Eine Honorierung der Voranschläge findet nicht statt und bedarf sich der Angebotsteller die freie Wahl, eventuell die Zurückweisung aller vor.  
1236  
**Der Vorstand.**